

Interrogation-No. 962

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1948/56

Vornehmung des Hermann REINHOLDT  
am 3. April 1947, von 15.30 - 16.30 Uhr  
durch Hr.: SCHNEIDER  
Stenographin: Marg. FORTNEY

1. Fr. Sie belassen?

A. REINHOLDT.

2. Fr. Ihr Vorname?

A. Hermann.

3. Fr. Sie sind schon hier vernommen worden?

A. Nein.

4. Fr. Stehen Sie bitte auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und schwören Sie mir den Eid nach:

"Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sage, nichts verschweige und nichts hinauflegen werde, so wahr mir Gott helfe."

5. Fr. Geben Sie mir die vornehmlichsten Punkte Ihres Lebenslaufes an.

A. Ich bin am 24. Oktober 1902 in Goshimien geboren, (dann wurde mein Vater nach Köln veretzt), habe im Jahre 1921 das Gymnasium dort besucht und das Abitur gemacht. Im Jahre 1924 habe ich Rechtswissenschaft und Staatswissenschaft studiert und machte dann mein Referendar-Examen und 1925 meinen Doktor.

1926 wurde ich Gerichtsassessor und ging nach Berlin. War zuerst im Preisen-  
schiedungsgesetz fuer Kriegsschaden als Referent tätig. Ab 1.12.1928 in der  
Hauptstelle der Reichsanstalt fuer Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenvermitt-  
lung. Am 1.4.1932 wurde ich persönlicher Referent des damaligen Präsidenten  
Dr. HENCK und etwa ab 1.6.1932 Sachbearbeiter, späterer Abteilungsleiter beim

Reichskommissar fuer den Freiwilligen Arbeitsdienst. Im Jahre 1932 wurde ich zum Regierungsrat befördert.

Aus der letzten Tätigkeit wurde ich Ende März 1933 entlassen, trat dann zur Reichsanstalt zurück und wurde ab 1.5.1933 wieder Sachbearbeiter in der Hauptstelle der Reichsanstalt und zwar fuer die Durchführung der Votationsarbeiten. Nach meiner Beförderung zum Oberregierungsrat im Juni 1935 kam ich als Leiter des Arbeitsamtes nach Oppeln. Ab 1.5.1937 war ich Leiter des Arbeitsamtes in Hoeseln. Zum 1. März 1938 wurde ich in die Finanzabteilung des Reichswirtschaftsministeriums als Referatsleiter einberufen, ab 1.1.1942 gleichzeitig in die neu eingerichtete Ostabteilung des Reichswirtschaftsministeriums als Referatsleiter eingesetzt und zwar als Referent fuer Finanzangelegenheiten. Ende im März/April 1942 wurde ich in der gleichen Eigenschaft beim Reichsministerium fuer die besetzten Ostgebiete eingesetzt. Unter Beibehaltung meiner Aufgabe im Reichswirtschaftsministerium wurde ich 1940 zum Ministerialrat befördert.

Ab 1. April 1943 wurde ich gleichzeitig zum Wirtschaftsstab Ost eingesetzt und zwar als Leiter der eingerichteten Sondergruppe Treuhandverwaltung unter gleichzeitiger Aufgabe meiner Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium, aber als stammsonderiger Ministerialrat dieses Ministeriums. Seine Tätigkeiten im Wirtschaftsstab und Ostministerium waren am 15.2.1945 beendet. Ab 15.2.1945 wurde ich als Referatsleiter und Stellvertreter des Abteilungsleiters der Abteilung fuer Handel und Handwerk im Reichswirtschaftsministerium bestellt.

Am 18.4.1945 wurde ich dem Fuehrungstab Sud zugestellt. Das Reichswirtschaftsministerium hatte seinen Sitz in Wien, Leiter war Ministerialdirektor

NICHL. Ende April 1945 erhielt ich den Auftrag, die Leitung der Verbindungsstelle des Reichswirtschaftsministeriums zu uebernehmen. Zu einer praktischen Durchfuehrung kam es jedoch nicht mehr.

6.Fr. Wann sind Sie in die Partei eingetreten ?

- A. Rückwirkend zum 1. Mai 1937.
7. Fr. Ihre Parteinummer ?
- A. Ich habe in Erinnerung etwa so 4 Millionen und Neuntausend.
8. Fr. Bei welcher anderen Gliederung der Partei waren Sie ?
- A. Ende Oktober 1933 bin ich zur Reiter-SS, 2/7 Berlin-Grünwald.
9. Fr. Welche Nummer hatten Sie bei der SS ?
- A. Zweihundert oder Zweihundertsechzigtausend.
10. Fr. Welchen Rang hatten Sie, als Sie eingetreten sind ?
- A. Keinen.
11. Fr. Zuletzt ?
- A. Reiterführer.
12. Fr. Sind Sie noch bei irgendwelchen anderen Gliederungen der Partei gewesen ?
- A. NSV zahlendes Mitglied und auf ähnlichem Wege beim Reichsbund der Deutschen Beamten als zahlendes Mitglied.
13. Fr. Wie sind Sie zum Gesamtministerium gekommen ?
- A. Das Gesamtministerium hatte einen kleinen eigenen Bestand an Kräften. Es gab dort die wirtschaftlichen Abteilungen wie Landwirtschaft, Forstwirtschaft. Und es war so, dass dieselben Personen tätig waren in ihrem alten Ministerium wie bei uns und einer Ostabteilung angehörten.
14. Fr. Dann haben Sie beim Wirtschaftsministerium und beim Gesamtministerium dieselbe Tätigkeit gehabt ?
- A. Ja.
15. Fr. Wie hat sich das Gesamtministerium und der Stab Ost unterschiedet ?
- A. Der Wirtschaftsstab Ost war fuer die Gebiete, die unter der Befehlsgewalt der Wehrmacht standen, während das Gesamtministerium fuer die zivile Verwaltung eingesetzt war.
16. Fr. Fuer was war der Wirtschaftsstab verantwortlich ?

- A. Der Wirtschaftsstab Gut war eine Feldinheit. Ich kann es nicht genau sagen, ob er dem OKW unterstand. Aber die Weisung empfing er schlicht wie das Gutministerium von Befragten des Vierjahresplanes unmittelbar.
17. Fr. In welcher Abteilung haben Sie gearbeitet im Gutministerium ?
- A. Zunächst im Referat, nachher hatte ich eine Abteilung in der Treuhandsverwaltung.
18. Fr. Was waren die Aufgaben der Treuhandsverwaltung ?
- A. Als ich kam war die Idee schon lange da, dass man schlicht wie im General Gouvernement, eine Vermögensverwaltung brauchte, nur mit dem Unterschied, dass der Staatsbesitz eine andere Rolle spielte wie im General Gouvernement.
19. Fr. Handelte es sich um beschlagnahmtes Eigentum ?
- A. Das ist verschieden gewesen. In Gegensatz zum General Gouvernement. Während im alt russischen Gebiet alle wichtigen Gebiete ja sogar der Hausbesitz von etwa 200 qm Wohnfläche etwa an, Staatsbesitz waren.
20. Fr. Hat die Treuhandsverwaltung die Verwaltung von diesem Besitz unter sich gehabt, oder war war verantwortlich ?
- A. Nein, das war vielleicht ein Ziel das nicht erreicht werden ist, denn die Treuhandsverwaltung im Gutministerium an die wurde relativ spät gedacht, zu einem Zeitpunkt, wo die großen Gutgesellschaften schon lange Zeit tätig waren und die Reichs- und Generalkommissare auch selbst noch eigene Formen der Besitzverwaltung eingerichtet haben.
21. Fr. Was hat praktisch Ihre Abteilung im Gutern geleistet ?
- A. Wir haben uns auf die alt russischen Gebiete beschränkt.
22. Fr. Was verstehen Sie unter den alt russischen Gebieten ?
- A. Das waren die drei Randstaaten, Litauen, Estland und Lettland da war die Situation eine andere. Bei der Besetzung zeigte dort die Privatwirtschaft eine sowjetische Form und man griff zu einem raschen Übergang in die Staatsform.

23. Fr. Wie war die Lage in Russland selbst, was hat Ihre Abteilung praktisch geleistet?
- A. Ich kann vielleicht so sagen, das Ziel was nicht erreicht werden ist, war eine treuhänderische Verwaltung des gesamten sowj. Wirtschaftsvermögens nach west-europäischen Grundsätzen unter peinlichster Kontrolle der Sauberkeit und bei volliger Trennung von Staat und Wirtschaft, jedenfalls den Formen nach. Auf diese Weise sollten alle Schwierigkeiten die sich in manchen Verwaltungsstellen zeigten überwunden werden und es sollte rechtzeitig eingegriffen werden. Ich habe deshalb veranlaßt, als die ersten Massnahmen getroffen wurden, dass in einer Verordnung des Reichsministers fuer die besetzten Ostgebiete, jede Verfügung ueber sowj. Wirtschaftseigentum die ohne Zustimmung des Ostministers erfolgte, fuer nichtig erklaert wurde. Ausserdem beschränkte sich die Verordnung auf das bereits von den Russen beschlagnahmte Vermögen und stellte den Charakter der treuhänderischen Verwaltung in den Vordergrund.
24. Fr. Wer hatte die Beschlagnahme durchgeführt?
- A. In den Ländern Estland, Lettland und Litauen wurden kurz nach dem deutschen Einmarsch von der dortigen Verwaltung, Verordnungen erlassen und zwar meines Wissens von den Behörden des Reichs- und Generalkommissars, wosich das von den Russen sogenannte Nationalvermögen nach bestimmten Gesichtspunkten der Beschlagnahme verfiel.
25. Fr. Können wir uns Ostministerium selbst. Können Sie mir eine Gliederung vom Ostministerium angeben?
- A. Ich muss ueberlegen, das weiss ich nicht mehr genau, denn die hat gewechselt. Das war eine Verwaltung die Personal und Haushalt umfasste.
26. Fr. Wer hat diese Abteilung gehabt?
- A. Es gab eine Verwaltungsabteilung, die hatte Ministerialdirektor BUNTS, dann gab es eine politische Abteilung, die hatte die meiste Zeit LEHRMANN. Dann gab es ausser den drei Gruppen, eine Abteilung fuer Wirtschaft (Wirtschaftsmini-

sterium) und Forstwirtschaft (Forstamt), Erziehung (Erziehungministerium).

27. Fr. Wer hat diese gewerbliche Wirtschaft unter sich gehabt ?

A. Ministerialdirektor <sup>Schlotterer</sup> ~~SCHLOTTERER~~.

28. Fr. Der war beim Wirtschaftsstab Ost ?

A. Ja.

29. Fr. Können Sie mir noch andere Abteilungen nennen ?

A. Das waren die Hauptabteilungen des Ministeriums.

30. Fr. Wann kam Übergruppenführer BERGER ?

A. BERGER ist später gekommen. Der hat dann meines Wissens die politische Abteilung gehabt.

31. Fr. War Ihre Abteilung selbstständig oder untergegliedert ?

A. Die war untergegliedert, sie unterstand der Treuhandverwaltung. Im Ostministerium ist es unterschiedlich gewesen. Sie unterstand zunächst Ministerialdirektor <sup>Schlotterer</sup> ~~SCHLOTTERER~~, sowie Ministerialdirektor BURTE, dann eine kurze Zeit unmittelbar dem Stellvertreter des Ostministeriums Generalleutnant MEYER und dann später dem Ministerialdirektor v. ALLWERNER.

32. Fr. Als Sie beim Ostministerium waren, waren Sie in Berlin ?

A. Ja, ich habe Dienstreisen gemacht. Im Wirtschaftsstab Ost war es dasselbe.

33. Fr. Welche Verbindung hatte LETSCH, der soll auch Ministerialrat oder Regierungsrat im Ostministerium gewesen sein, gehabt ?

A. Sie meinen Ministerialrat LETSCH ?

34. Fr. Ja.

A. Im Ostministerium gab es einen besonderen Arbeitsseinsatz und da ist nicht LETSCH gewesen, sondern ein anderer.

35. Fr. Stand diese Abteilung Arbeitsseinsatz in Verbindung mit RAUCKEL und LETSCH ?

A. Das kann ich nicht sagen.

36. Fr. Was wissen Sie im allgemeinen ueber die Taetigkeit von BERGER in Bezug zum Ostministerium ?

A. Ja, eigentlich weiss ich sehr wenig, denn BERGER hatte nichts mit wirtschaftlichen Dingen zu tun und meine Tastigkeit bezog sich auf wirtschaftliche und rein finanzwirtschaftliche Aufgaben. - Ich habe BERGER zweimal bei einer Sitzung erlebt.

37. Fr. Sind Sie bei irgendeiner Sitzung gewesen, die sich auf Arbeitseinsatz bezog?  
A. Nein.

38. Fr. Was wissen Sie ueber die Tastigkeit von LEIBRANDT?

A. Meine Beruehrung zur politischen Hauptabteilung war verhaeltnismaessig gering. Ich kann nur sagen, dass nach meinem Eindruck die politische Abteilung ein sehr homogener Verwaltungskorper war.

Ich bin informiert worden ueber die Spannung die zwischen ROSENBERG und KOCH bestand und insbesondere die auch mich angehenden Fragen, z.B. die Privatisierung des Grundbesitzes in der Ukraine, wobei die politische Hauptabteilung als federfuehrende Hauptabteilung auftrat. Ich erfuhr hier und da einiges ueber ihre Bemuehungen mit den einheimischen Verwaltungen in den drei baltischen Staaten und Polisaruthenien.

39. Fr. Was sich interessiert ist die eigentliche Gliederung vom Ostministerium und dem Wirtschaftstab Ost. Es waere fuer mich sehr wichtig, wenn Sie einen Organisationsplan aufzeichnen koennten.

A. Ja, die Schwierigkeit liegt darin, dass ich alles schwer aus dem Gedachtnis rekonstruieren kann. Ich habe eine Dienststelle verlagert gehabt, dort liegen Akten vor. Wenn mir die Moeglichkeit gegeben wurde von hier aus die Dinge zu ermitteln.

40. Fr. Wie sagen Sie, dass es moeglich ist, die verschiedenen Akten zu bekommen?

A. Ich kann nur von meinem eigenen Sektor sprechen. Ich hatte die Abwicklung dieser Verweegensdinge, auch vom Wirtschaftstab Ost. In dieser Eigenschaft habe ich ein kleines Komitee nach Hamburg verlagert und die hatten auch von mir aus die grundsuetzlichen K lrasse.

41. Fr. Wir moechten nur, soweit Sie es wissen, wie das eingegliedert war ?
- A. Das Ostministerium war kein Ministerium das eigene Befugnis hatte, sondern nur zugelegt hat.
42. Fr. Versuchen Sie bitte bis zum naechsten Mal einen Organisationsplan aufzuschreiben, so gut Sie es wissen und wenn es Zweifel gibt, notieren Sie diese.
- A. D amit waerden Sie nicht sehr zufrieden sein, ich will mir das genau ueberlegen.
43. Fr. Sie sagen, dass der Wirtschaftsstab Ost viel Aehnlichkeit mit dem Ostministerium gehabt hat ?
- A. Man kann sagen nicht. Der Wirtschaftsstab Ost war militaerisch aufgezogen und merkwuerdiger Weise, arbeitete Ostministerium und Wirtschaftsstab sehr wenig zusammen.
44. Fr. Wer war die Personenlichkeit, die die Dienststelle beim Ostministerium und beim Wirtschaftsstab Ost gehabt hat ?
- A. Das waren die drei Ministerien, Wirtschaftsministerium, Reichsforstamt und Ernuehrungsministerium und die Personenlichkeit war auch gleichzeitig im Wirtschaftsstab Ost und hatten dort auch Chef-Gruppen, <sup>Schlotter</sup> SCHLOTTER, BARTH und HUNTE.
45. Fr. Welche Stelle hatte <sup>PEBKERT</sup> HEBERT gehabt ?
- A. Es ist mir nur erinnerlich, dass er in der Ukraine war; ich kann mich nicht erinnern, dass er im Ostministerium gewesen ist. Er war auch nicht im Wirtschaftsstab Ost. PEBKERT soll sich das Leben in Dachen genommen haben.

Institut für Zeitgeschichte Archiv



15. 4. 1947

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Interrogation-No. 962 A

Vernehmung des Hermann REINBOTHE  
am 15.4.1947, von 14.00 - 15.00 Uhr  
durch Hr.: SCHNEIDER  
Stenogr.: Marg. PORTKY

1. Fr. Sie heissen ?
  - A. Hermann REINBOTHE.
2. Fr. Sie sind sich bewusst, dass Sie noch unter Eid stehen ?
  - A. Dazu habe ich eine Frage, verteidigen Sie sich als Anklagevertreter oder als Gericht ?
3. Fr. Als Zeuge.
4. Fr. War es schon 1942 als Sie zum Ostministerium gekommen sind ?
  - A. Ich sagte schon, es war anfangs Febr. oder im März 1942.
5. Fr. Hatten Sie die Treuhandverwaltung?
  - A. Die sollte ich aufbauen.
6. Fr. Bei welcher Hauptabteilung ?
  - A. Ja, da gab es zunächst zwei Hauptabteilungen und zwar bei Hauptabteilung III, Wirtschaft, die SCHLOTTERER gehabt hatte, was ich schon erzählt hatte und gleichzeitig auch; ich habe es mir aufgeschrieben und versucht aufzuzeichnen. - Skizze wird vorgelegt. Ich war bei III Wirtschaft und bei II. Es ist etwas schwierig darzustellen, weil sich vieles geändert hatte.
7. Fr. Wo ist das Büro vom Ostministerium in Berlin gewesen ?
  - A. Das Ostministerium hatte viele Büros gehabt etwa 30. Es gab keine einheitliche Unterbringung.
8. Fr. Aber die Hauptverwaltung ?

A. Die hatten wieder einzelne Fachhauptabteilungen und die waren eingegliedert in den Ministerien. Zum Beispiel die gewerbliche Wirtschaft III, war in der Sache des Wirtschaftsministeriums und die anderen waren zum Teil auch verschieden untergebracht. Nachher war es so, die Abteilung Politik und ein kleiner Teil der Verwaltung kam in das Gebäude der früheren russischen Botschaft, da war auch ROSENBERG und ein paar Ministerialdirektoren, die waren immer angelehnt an den Führungsstellen. Aber die einzelnen Referentenabteilungen waren all getrennt untergebracht.

9. Fr. Aber in diesem Ministerium etwas zu erreichen und da die verschiedenen Abteilungen so getrennt waren, war es doch notwendig ziemlich viel Sitzungen abzuhalten ?

A. Ja, die Zusammenarbeit innerhalb der Hauptabteilungen war aussert lose die war auch ziemlich schlecht. Es fanden wohl innerhalb der Hauptabteilungen Sitzungen statt, die aber spater wieder einschlofen. Ich habe auf meinem Gebiet viel mit der Buchfuhrung zu tun gehabt, hatte auch die Bucherabschreibungen fuer die Rechtsform, da habe ich dann die betreffenden Maenner aus den verschiedenen Abteilungen zusammengebracht...

10. Fr. Sind die Richtlinien von ROSENBERG gekommen, oder hat der politische Fuhrungsstab eine Rolle gespielt ?

A. Nein, ich habe eigentlich auf meinem Gebiet direkt ohne Hilfe diese Sachen bearbeitet, da keiner von meinen Sachen etwas verstand. Ich habe schon bei der ersten Sitzung nichts erreichen koennen und fachliche Anweisungen ueberhaupt nie bekommen.

11. Fr. Aber so eine Politik durchzufuehren, wie es in Russland war, da konnten doch die einzelnen Abteilungen nicht selbstaendig sein. Es musste doch eine Zusammenarbeit geben ?

A. Ich erzaehte doch schon das erste Mal von einer Verordnung. Die Fragen

gingen auf dem Dienstwege ueber SCHLOTTEBER, von II an den Staatssekretaer, innerhalb der Abteilung bzw. Hauptabteilung wurde sie nochmal durchgesprochen und dann zu ROSENBERG zur Unterschrift; so war der Gang. Und bei wichtigeren Aufgaben wie z.B., die Rueckgabe des von den Russen nationalisierten Eigentums der Estlaender, Litauern, die in erster Linie eine politische war und von politischer Bedeutung waren, diese Fragen die wurden im grossen Kreise behandelt, wo auch BERGER teilnahm und die politische Abteilung. Natuerlich hatte ich auch bei Spezialbesprechungen, einen Referenten der mit der Ukraine zu tun hatte, heruber gerufen.

12. Fr. Inwiefern ist BERGER taetig gewesen oder hatte Interesse gezeigt in der Gesamtpolitik, insoweit die Verwaltung vom Ostministerium betroffen war ?

A. Das kann ich schwer sagen, ich habe nochmal ueber diese Dinge nachgedacht. Ich kann nicht mal sagen, wie der Fuehrungsstab zusammengesetzt war.

13. Fr. Zum Beispiel in der gewerblichen Wirtschaftsabteilung hier, da gibt es eine Unterabteilung Arbeitseinsatz?

A. Ob die nicht von vorneherein selbstaendig war, das ist eine Frage, die ich nicht aus dem Gedachtnis beantworten kann. Sie war spaeter eine Abteilung ausserhalb der gewerblichen Wirtschaft.

14. Fr. Jedenfalls musste so eine Abteilung von der politischen Abteilung kontrolliert werden ?

A. Das moechte ich ansehen. Mir faellt jetzt ein, es herrschte immer die grosse Streitfrage betreffs Abzug von Arbeitskraeften. Die Maenner draussen sagten oft mit Recht, dass sie die wirtschaftlichen Aufgaben der Truppe nicht mehr durchfuehren koennen, wenn hier die Arbeitskraefte abgezogen werden.

15. Fr. Wer hat die Abteilung Arbeitseinsatz gehabt ?

A. Ministerialrat BELL. erinnere ich mich.

16. Fr. Wann ist der dabei gewesen ?

A. Es kann sein, Ende 1942.

17. Fr. Wann haben Sie ihn zuletzt gesehen ?

A. Das kann Mitte oder Ende 1944 gewesen sein.

18. Fr. Wo ist er zu Hause ?

A. Das weiss ich nicht.

19. Fr. Wissen Sie seinen Vornamen ?

A. Nein. - Ich meinte zu hoeren, er sei in einem Internierungslager; er kann auch im Prozess ROSENBERG vernommen worden sein.

20. Fr. Welche Dienstreisen haben Sie gemacht ?

A. Ich bin erstmals in Estland, Lettland und Litauen gewesen, ein paar Mal wohl in Minsk, Smolensk Borisow und einige Male in der Ukraine.

21. Fr. In welchem Jahr waren Sie in Minsk ?

A. Das ist alles schon solange her.

22. Fr. Sind Sie im Jahre 1944 ueberhaupt draussen gewesen auf Dienstreisen ?

A. Ein paar Mal.

23. Fr. Wann waren Sie in Ostern ueberhaupt ?

A. Es ist so gewesen, dass ich ab Dezember 1943 im Wirtschaftstab Ost und anschliessend dann spaeter im Ostministerium die Abwicklungsgeschichte uebernehmen habe. Also eine rein negative buerocratische Arbeit, die keine Anwesenheit mehr draussen erforderlich machte, sondern eben eine Abrechnungsangelegenheit war. Es kann allerdings sein, dass ich noch 1944 in Minsk gewesen war.

24. Fr. Als Sie Ihre Reise gemacht haben, sind Sie mit dem Zug, oder mit dem Wagen gefahren ?

A. Entweder mit dem Zug oder mit der Militaermaschine.

25. Fr. Als Sie mit dem Zug durch das Ostgebiet gefahren sind ist es Ihnen aufgefallen, dass es mehrere Lager gab, wo Jugendliche drinnen waren ?

A. Ich habe wohl Zuege gesehen, d.h. Gasterwagen, die mit Arbeitskraeften, also mit Menschen, Richtung Reich fuhren.

26. Fr. Waren das hauptsächlich Jugendliche oder Ältere ?
- A. Ich glaube es nicht.
27. Fr. 14 oder 18 Jahre ?
- A. Nein, die waren Frauen dabei.
28. Fr. Haben Sie irgend welche Sitzungen mitgemacht, die beim Ostministerium stattgefunden haben ?
- A. Ja.
29. Fr. Grössere Sitzungen ?
- A. Ja, ich erwachte schon mit BERGER diese Sache, wo sämtliche Abteilungsleiter da waren oder ihre Vertreter und auch die wichtigen Abteilungen.
30. Fr. Waren das die Sitzungen im Sommer 1943 ?
- A. Das muss wohl im Herbst 1943 gewesen sein, ich kann es nicht genau sagen.
31. Fr. Wer war alles dabei ?
- A. Normalerweise waren die Ministerialdirektoren dabei.
32. Fr. Sind Wehrmachtangehörige da gewesen, höhere Offiziere ?
- A. Ich kann mich nicht erinnern.
33. Fr. Was ist da besprochen worden ?
- A. Es wurde diese Spezialangelegenheit der Reprivatisierung durchgesprochen. Es nahmen verschiedene Hauptabteilungen Stellung, ob sie es begrüssten oder nicht.
34. Fr. Hat ROSENBERG bei dieser Sitzung gesprochen ?
- A. Ja.
35. Fr. Und HERING auch ?
- A. Ja.
36. Fr. Wissen Sie noch das Hauptthema von BERGER ?
- A. Ich kann mich nur erinnern, dass es auf mich bezug hatte und dass ich nur auf gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten hinwies und ich hatte den Eindruck, dass ich nichts an der Idee ändern konnte.

37. Fr. Hatte BERGER von Aufstellung haltischer Divisionen in dieser Sitzung gesprochen?

A. Das kann ich nicht sagen. Ich weiss wohl, dass jemand gesagt hatte, dass eine bessere Behandlung der Halten notwendig sei und es würde dem Reich so und so viele 100000 oder 200000 Mann Soldaten einbringen, dass es eben schon aus diesem Grunde von Vorteil waere.

38. Fr. Hatte BERGER bei dieser Sitzung von Bandenbekämpfung und Partisanenkampf gesprochen ?

A. Das weiss ich nicht mehr.

39. Fr. An den Sitzungen bei denen Sie teilnahmen, welchen Eindruck hatten Sie von BERGER bekommen, bezw. welches Interesse hatte BERGER im Osten gehabt, was wollte BERGER erreichen ?

A. Ich hatte den Eindruck, dass die Absicht war, dem sehr schwachen ROSENBERG, was ich unter schwach verstehe, seine Nachgiebigkeit und Weichheit im durchsetzen, den Ruckeln zu stellen, insbesondere in der Politik, auch im Verhalten gegenüber dem Gauleiter ROCH. Es war ein offenes Geheimnis, dass die Reichskommissare das galten, in erster Linie fuer ROCH und auch LOOSE, dass sie taten was sie wollten und einfach keinen Disziplin hielten. Das war mein Eindruck den ich hatte.

40. Fr. Hat BERGER kein Interesse gezeigt fuer die Ueberstellung von Einheiten im Osten, oder Einberufung von Leuten im Osten zur Wehrmacht oder SS ?

A. Das weiss ich nicht.

41. Fr. Koennen Sie sich an irgendwelche Punkte erinnern, die BERGER vertreten hat im Ostministerium - Hauptpunkte - ?

A. Ich habe selbstverstaendlich nachgedacht, ausser diesen allgemeinen Dingen ist mir nichts eingefallen.

52. Fr. Kennen Sie folgende Leute, oder sind Sie mit diesen Leuten in Beruehrung gekommen, oder was wissen Sie von der Taetigkeit dieser Leute : Erstens Ministerialdirigent Dr. BRAUNTIGAM ?

A. Ja, den kenne ich, weil er in der politischen Abteilung war, er hat entweder mit Weiss-Ruthenien oder mit der Ukraine zu tun gehabt. Während KLEIST mit den baltischen Ländern zu tun gehabt hat und ich habe mit ihm zu tun gehabt z.B. mit der Frage dieser Agrar-Ordnung. Ich hatte zwar nichts damit zu tun, aber ich wirkte mit, weil das eine Frage war, an der ich auf Grund meiner Funktion beteiligt war.

43. Fr. Was war die Agrar-Frage ?

A. Das war die Frage unter welchen Formen überhaupt das Eigentum <sup>an die</sup> ~~des~~ Begründer zurückgegeben werden sollten. Es war an sich eine Neugründung landwirtschaftlicher Eigentümeer, die in den verschiedenen Stappen vor sich gehen sollte.

44. Fr. Was sollte mit den Kolchosen geschehen ? Sollten die jemand gegeben werden, oder aufgeteilt werden ?

A. Ich kann mich nur erinnern, dass zunächst mal der Bauer, Grundeigentum bekommen sollte an seinem Haus und zwei Morgen Land. Aber eine Aufteilung war noch nicht vorgesehen, denn nach meiner Meinung war das der erste Schritt, also mehr eine Proklamation mit relativ geringen rechtlichen Änderungen.

45. Fr. Was wollte das Ostministerium erreichen bei dieser Politik mit den Kolchosen und Landwirtschaft im Allgemeinen, was war das Ziel ?

A. Das Ziel hier war ein Wiedereigentumsbegriff, den sie zu beschaffen versuchten und als Befreier vom Bolschewismus auftreten wollten. Dies war allerdings in einer späteren Zeit in der Zwischenzeit war der Plan verschlagen worden, was die Einheimischen verbitterte.

46. Fr. Was denn ?

A. Hauptsächlich die scharfe Politik, die KOCH geschaffen hatte. Er machte eine neue Wahrung und veranlasste die Einheimischen, ihre Rubel auf das Konto einzuzahlen und hat dann die Konten sperren lassen.



47. Fr. Wann war das ?

A. Das muss im Jahre 1942 gewesen sein.- Dann auch noch das Auftreten der Gebietskommissare, das hat auch noch dazu beigetragen, die einheimische Bevölkerung verhasst zu machen. Sie kennen ja sicherlich diese grüne Karte, die vor dem Einsatz erfasst worden ist, die habe ich auch gesehen und worüber ich sehr entsetzt war, welche teurichten Dinge da drinnen standen und über die Ausbeutung der Bevölkerung.

48. Fr. Welche grüne Karte ?

A. Das ist eine Karte, die soll vor dem Einsatz aufgestellt worden sein.

49. Fr. Wer hat die Karte ausgestellt ?

A. Das weis ich nicht. Ich habe Sie erst im Mai vielleicht 1942 bekommen. Damals war sie eigentlich schon in vielen Punkten überholt. Auch auf meinem Gebiet, an die ich mich aber nicht gehalten habe und verschiedene Massnahmen die getroffen werden sollten, Treuhänderwirtschaften usw. Diese Dinge waren nicht unbekannt geblieben, trotzdem sie geheim gehalten wurden. Ich habe selbst die teurichten Dinge erlebt. Vieler der politischen Männer wäre es unter ihrer Würde gewesen mit diesen Menschen überhaupt nur zu sprechen. Ich habe jedenfalls sehr unguenstige Eindrücke über das persönliche Verhalten der Gebietskommissare gehabt.

50. Fr. Zu welchem Zweck sollten die Landwirtschaftsführer im Osten produzieren ?

A. Ich bin mal zu einer grossen Versammlung geschickt worden, bei der GOERING eine Rede hielt, dass die Ukraine gesichert werden muss, um die Ernährung in der Heimat zu sichern, das glaube ich war mit Stalingrad, wo es rückwärts ging. Dann natürlich auch noch, ich muss mich verbessern, vor allem Dingen um die Ernährung der Truppe. Ob das die Truppe insgesamt bekommen hat, das weis ich nicht, jedenfalls die Truppenmasse die wir im Osten hatten, war beträchtlich.

51. Fr. Wenn Massnahmen oder Richtlinien oder eine Politik bei irgend welcher Abteilung beabsichtigt war, musste die vom Fuchrangestab genehmigt werden ?
- A. Das kann ich nicht sagen.
52. Fr. Zum Beispiel die Angelegenheit der Treuhandverwaltung, was war der Zweck von der Treuhandverwaltung, was wollte man erreichen ?
- A. Man kann es eigentlich nur formulieren. Man hatte den Eindruck, dass fuer die herrenlos gewordenen und ohne Eigentuerer vorhandenen Betriebe der Sowjet Union irgend ein Ersatz geschaffen werden musste. Das war eine nebelhafte Vorstellung, die man hatte. Was im einzelnen zu machen war, das wusste man nicht. Man hat es immer hinausgeschoben.
53. Fr. Und wenn es keine Treuhandverwaltung gegeben hat, wie hat der Betrieb funktioniert ?
- A. Es war so, die wichtigsten Betriebe wurden gesteuert bei Einfluss von den grossen Ostgesellschaften.
54. Fr. Wer hat die Betriebe uebernommen ?
- A. Die Betriebe sind uebernommen worden im grossen und ganzen von den Ostgesellschaften und zwar schon im Operationsgebiet, nicht erst in der Zivilverwaltung und zu einem Teil wurden Treuhander bestellt von den Wirtschaftseinspektionen und es war so, dass z.B. saemtliche ernahrungswirtschaftliche Betriebe nicht nur etwa die Muehlen etc., sondern bis zur Schokoladen- und Bonbonfabrik usw., die wurden alle betreut von einer grossen Ostgesellschaft und der Zentralhandelsge- von der Zentr.Handelsges. sellschaft Ost. Oder die Schwerindustrien, insbesondere von der Ukraine, Berg- und Huettenmet G.m.b.H. Die Textilbetriebe und zwar bis zu den verarbeitenden Betrieben einschliesslich von der Ost-Faser. Die Betriebe die mit Mineraloelen zu tun hatten, von der Continentale-Oel A.G. bzw. von der Tochtergesellschaft. Ausserdem hatte KOCH, um sich von Berlin abzuschirzen, eine ganze Reihe ukrainische Gesellschaften gegrueudet ...

55. Fr. Ausser den Gesellschaften die KOCH unterstanden, was unterstanden die Gesellschaften im allgemeinen ?

A. Die Zentralgesellschaft Ost, das war eine Gruendung des Ernahrungministeriums, das kann der FLEISCHBERGER, der auch hier ist, besser sagen. Die Leiter der Ostgesellschaften sind hier. Herr KERR war Aufsichtsratsvorsitzender, waehrend FLEISCHBERGER kaufmaennischer Leiter war.

56. Fr. Waren die zusammgebunden mit den verschiedenen Ministerien ?

A. Die Ministerien waren vertreten in den Aufsichtsraten, ich kann es heute nicht mehr sagen. Wer z.B. aufsichtsrat in der Zentralhandelsgesellschaft Ost war, das kann ich nicht sagen. Jedenfalls wurden sie gesteuert und beeinflusst nicht von Ostministerium, sondern praktisch von den Fachministerien.

57. Fr. Wie hat BERGER eingegriffen, um die Politik einheitlich zu machen, wenn die verschiedenen Gesellschaften, verschiedenen Ministerien unterstanden ?

A. Ich glaube garnicht, dass BERGER in der politischen Abteilung oder Ostgesellschaft viel eingewirkt hat. BERGER selbst hat fuer wirtschaftliche Probleme keine Neigung und keine Erfahrung und die politischen Dinge, wie die Behandlung der Bevoelkerung, oder andere Dinge, Ernahrungsgesetze fuer die Bevoelkerung, das waren Fragen die man besprechen konnte innerhalb des Ostministeriums.

58. Fr. Ja, aber die gingen auch ab von den Gesellschaften ?

A. Sicher, denn die Gesellschaften ihrerseits, mussten dem staatlichen Organ gehorchen. Also unmittelbare Einflussnahme ausserhalb der Fachministerien auf die Gesellschaften fanden nicht statt. Es war eben vollkommen auseinander organisiert, keine einheitliche Bildung, sondern die Schwierigkeiten der unterschiedlichen Auffassung der Reichsministerien, platete auch im Ostministerium zusammen.

59. Fr. Dr. BRAUNIGAN war Ministerialdirigent als er beim Fuehrungstab Politik war, war er da immer noch bei seinem Ministerium ?

A. Die Hauptabteilung Politik war ja eine der wenigen Abteilungen, die war nicht

mehr angelehnt als Instruktion an anderen Ministerien. Ich kann nicht sagen aus dem Auswertigen Amt, das war die einzige Abteilung, die eigene Abteilung des Gesamtministeriums war.

60. Fr. aber um eine einheitliche Politik zu haben, da mussten doch die verschiedenen Ministerien durch den Fuchungsstab - Politik - arbeiten, um die Massnahmen irgendwie einheitlich zu machen ?

A. Aber ich weiss davon nichts, Sie koennen ja letzten Endes gewerbliche Aufgaben, wo Sie reinetwegen vom Vierjahresplan oder vom Wirtschaftsministerium bestimmte Direktiven haben... Das ist eine rein wirtschaftliche Aufgabe, wie jede andere auch.

61. Fr. Sind Sie je mit dem Hauptbannfuhrer NICKEL zusammengekommen, haben Sie von ihm gehoert ?

A. Wo soll er gewesen sein. - Kann ich mich nicht erinnern.

62. Fr. Inwiefern sind Sie vom politischen Fuchungsstab beeinflusst worden, bei Ihrer Mitarbeit im Gesamtministerium ?

A. Ja, eigentlich sehr wenig, mit Ausnahme der Fragen von Eigentum ueber die Reprivatisierung.

63. Fr. Welchen Standpunkt hat die Abteilung Politik vertreten ?

A. Die war ELBIET und er war ausgesprochen fuer eine Grosseuegigkeit der Baltischen Laender. Es kann auch sein, dass in einer Sitzung von BERGMAN diese Frage, eine grosse politische Selbstverwaltung in den drei baltischen Laendern zu geben, aufgeworfen wurde. Ich erinnere mich an einen Erlass, worin die Versuche zu einer grossen politischen Selbstverwaltung der baltischen Laender gemacht worden ist.

64. Fr. Was wollte man erreichen bei dieser unabhangigen Verwaltung in Baltikum ?

A. Man wollte eine grosse Leistung in der Kriegsindustrie erreichen ...

65. Fr. Und dieser Erlass ist 1943 herausgekommen ?

- A. Es muss schon frueher ein Erlass herausgekommen sein, der Haupterlass an den ich mich erinnere muss 1943 herausgekommen sein und zwar kurz vor der Reprivatisierung, aber in Zusammenhang mit diesen Gesamtaussnahmen.
66. Fr. Wenn nun solche grosse Massnahmen durchgefuehrt waren, wie z.B. Arbeitseinsatz in Deutschland, das Herausziehen von Leuten aus Russland um sie nach Deutschland zu bringen. Trotzdem es von SAUCKEL gemacht worden ist, musste es doch einigermassen vom Ostministerium kontrolliert worden sein, besonders von der politischen Seite ?
- A. Ich kann nicht ganz genau sagen, wie der Instanzzug war, ob die Erlasse von SAUCKEL nur ueber das Ostministerium an die unterstehenden Dienststellen gingen, oder ob die Reichskommissare und Generalkommissare Befehle erteilten. Wohl erinnere ich mich z.B., dass im Ostministerium in der Frage der Behandlung von russischen Arbeitskraefte in Deutschland Gesuehungen gemacht worden sind, ihr Los zu erleichtern. Ich erinnere mich auch, dass vom Ostministerium mit Erfolg Versuehe gemacht worden sind, diese Anweisungen, die auch von der Partei herausgekommen sind, zu verbessern und auf die vernuenftige Bahn zu lenken.
67. Fr. Wie waere das zum Beispiel vor sich gegangen, wenn man Luftwaffenhelfer und Helferinnen von Russland holte ?
- A. Davon ist mir nichts bekannt, ich hoerte es nur in der Zeitung.
68. Fr. Es waere vielleicht praktisch gewesen, fuer die SS, Helferinnen zu bekommen, weil doch BERGER einerseits der bei der SS war und andererseits beim politischen Fuehrungsstab war ?
- A. Davon weisse ich nichts, mir ist nur bekannt, dass der Hoehere SS - und Polizeifuehrer, ausserhalb der Ostverwaltung die Befehle empfang. Wir hatten ueberhaupt das Gefuehl einer restlosen Anarchie.
69. Fr. Ist Ihnen bekannt geworden bei Ihrer Reise oder Ihrer Arbeit, dass die

SS, Helfer- und Helferinnen in Osten einziehen wollte ?

A. Davon habe ich zum ersten Mal.

.....



Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Yuturog - vol. 4-47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interview No. 32 B

auf Veranlassung von  
Hr. Petersen in Berlin

Institut für Zeitgeschichte  
Archiv  
1948/56

VERBODEN

Herrn Feintheil am 17. April 1947  
1,00 Uhr durch Hr. Schneider  
"Geogr." E. Becker.

F: Ihren Namen bitte!

A: Hermann Feintheil.

F: Sind Sie sich bewusst, dass Sie unter Eid stehen?

A: Ja.

F: Ich habe heute eine Angelegenheit mit Ihnen zu besprechen,

namlich die Angelegenheit des von den Herren nationalisierten Eigentums der  
Dänischer und Litauer. Sichert werden die Länder Dänemark und Litauen voll-  
ständig?

A: Ja.

F: Und was kann die Dänen hier?

A: Ich habe mir das auch schon überlegt; es das in An-  
sicht der politischen Lage gesehen ist, weiter ich nicht, ich würde  
es so, ich kann es nicht erklären. Wir sind mit einverstanden, und ich  
glaube auch, dass die Nationalisierungsmaßnahmen wiederum ein sehr  
gutes Ergebnis.

F: Und was war gerade diese Aktion, das Eigentum des  
Eigentums zu verweigern?



A: Es muss nach dem politischen Feldzug gewesen sein, das musste sich ja feststellen lassen. Die politische Abteilung, und zwar der Ministerial-Dirigent Kiesel hatte schon seit langem die Aufgabe des Eigentums veranlasst und sich schon vorher mit den betriebswirtschaftlichen Problemen beschäftigt.

F: Wie ist das vor sich gegangen, sind die Eigentümer ausgezahlt worden, oder sollte Abrechnung werden jetzt noch?

A: Es sind durch die Generalversammlung Liquidationsgesellschafter, die jeden einzelnen Betrieb betreuen, mehrere Klassen von der Regierung, oder von der betriebswirtschaftlichen Regierung, die einzelnen Betriebe verstaatlicht, oder nationalisiert wurden. Ich habe ein Beispiel dafür bei der Maschinenfabrik (M.F.) in Basel, wo es so geschah, dass die Vermögenswerte nationalisiert werden, die Verpflichtungen in Franken und Gulden aber auf die bisherigen Inhaber blieben. Es wurden nicht die Inhaber der Aktien nationalisiert, oder eine Gesellschaft G.M.B.H., sondern es wurden die Aktien mit Vermögen nationalisiert. Nach meiner Erinnerung konzentrierte sich die Kommission sehr stark darauf, was die Inhaber mit ihren Positionen wirklich später werden noch zusätzlich verlangt, dass die Aktien bei der Zeit noch abzugeben seien.

F: Wann hat diese sogenannte Liquidation stattgefunden?

A: Ja, ich meine es - auch das kann ich nur retrospektiv - es muss 1913 vor sich gegangen sein. In Basel, wie ich schon ausgeführt habe, eine grundsätzliche Konvention steht, in welcher das Paar mit Kiesel die - es soll hier besprochen werden, wie die Aufgabe des Eigentums erledigt sollte, und dass werden die Verhandlungen, die Grundlagen, die erforderlich waren, um das durchzuführen, beinhaltet.

F: Wer hat das gemacht zu dieser Zeit?

A: Ich selbst bin an der technischen Ausführung und Be-  
stellung der Verhandlungen wesentlich beteiligt gewesen und habe sogar  
vorher den Auftrag bekommen, in Riga mit der Behörde des Reichsbank-  
wesens, die deutschen Ein- und Auswertungen abzuwickeln und  
und Stelle nun so fortzusetzen, dass die Verhandlungen erlassen werden  
konnten.

F: Und wer von Ministerium, oder von politischen Führungs-  
gremien hat an dieser Angelegenheit teilgenommen?

A: Das kann ich nicht mehr sagen. Ich möchte aber erwähnen,  
dass Berger auf jeden Fall dabei war, das sagte ich ja schon, dass das  
war ja meine Antwort an meine Person, dass bestimmt Kleist.

F: Kennen Sie den Namen von Kleist?

A: Dem würde ich nicht. Ministerial-Direktor Kleist war  
Abteilungsleiter für die politischen Angelegenheiten in der Hauptabteilung  
Politik des Reichsministeriums.

F: Aus welchen Gründen wollte man den Namen des Kleisten  
verweigern?

A: Man kann das vielleicht so sagen, dass Kleist, <sup>der</sup> ~~die~~ be-  
zogen hat, bevor sie in ein diplomatisches Stadium kamen, ein An-  
hänger der Methode war, um solche Leute, die man besetzt hatte, selbst  
regieren lassen. Das war seine Haltung, die er immer schon vertreten hat.

F: Welche Vertreter von der Wehrmacht oder von der NSDAP  
sind an der Organisation so großes Interesse?

A: Das kann ich nicht sagen. Ich habe lediglich einmal  
einen Charakter, dessen Name ich nicht mehr weiß, aus Berlin kommen-

gelesen, sonst wäre ich nicht davon. Ich habe nur einzelne Seiten  
gelesen, aber ich kann mich nicht mehr erinnern.

F: Gab es eine 20-Regenung?

A: Das wäre ich nicht.

F: Inwiefern ist das Eigentum zurückgegeben worden?

A: "Wir haben uns damals zu einer sehr grossartigen Lage-  
lung entschlossen, nämlich, dass die Betriebe, so wie sie standen,  
mit einigen Ausnahmen und Abzug, fast vollständig dem Reichs-  
kommissar zur Verfügung gestellt werden, und zwar nicht aus tech-  
nischen Gründen, sondern rein wirtschaftlich. Das wurde sehr  
schnell durchgeführt."

F: "Und irgendwelche dieser Betriebe in einer Gut-Konstellanz  
übertragen werden?"

A: Mir ist nicht bekannt, dass Betriebe ausgemacht  
wurden. Allerdings hängt sich die Liquidation, nach seiner Er-  
klärung, nur auf Betrieben, die ausserhalb waren. Es konnte sein,  
dass nicht einmal Betriebe zurückgegeben wurden, die einem Betrieb  
gehörten, so der Betrieb nicht ausserhalb war.

F: Es müsste also der Eigentümer da sein?

A: Ja.

F: Und was ist mit den Betrieben geschehen, die man  
nicht zurückgeben konnte, weil die Eigentümer nicht ausserhalb waren?

A: "Die übrigen Betriebe sind, <sup>entweder</sup> bei der Liquidation  
verblieben, oder es werden Treuhänder bestellt, die bleiben also  
in der Treuhänderverwaltung."

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fr: Ist dieses ganze Programm stammte von Postvertraglich  
Politik?

As: Ja, ich kann nicht genau sagen, wie die Willensbildung  
in Hinsicht zustande kam. Es sieht aber nun klarer als den Antrieber  
dieser Dinge aus.

Fr: Welche Angelegenheiten sind Ihnen näher bekannt, oder  
das Postvertraglich Politik bekannt?

As: Ich kann leider nicht die Arbeit des Postvertraglichen  
so sehr weiß sagen.

Fr: Ich spreche nur von wichtigen Angelegenheiten im Gebiet?

As: Das kann ich nicht sagen.

Fr: Welche Maßnahmen hätte man zur Ausführung der Be-  
gründung gehabt?

As: Die Durchführung bezog sich auf keine Politik.  
Die Betriebe waren ja in der Verwaltung der Ostgesellschaft, oder einem  
Trennungspunkt. Ich erinnere mich noch, dass eine besondere <sup>Abteilung</sup> ~~Abteilung~~  
vorhanden war. Die Hauptabteilung dabei spielte ja die Bedeutung des  
Grund und Boden an verschiedenen Betrieben.

Fr: Wer war der Herrmann-Personal beim Geheimdienst?

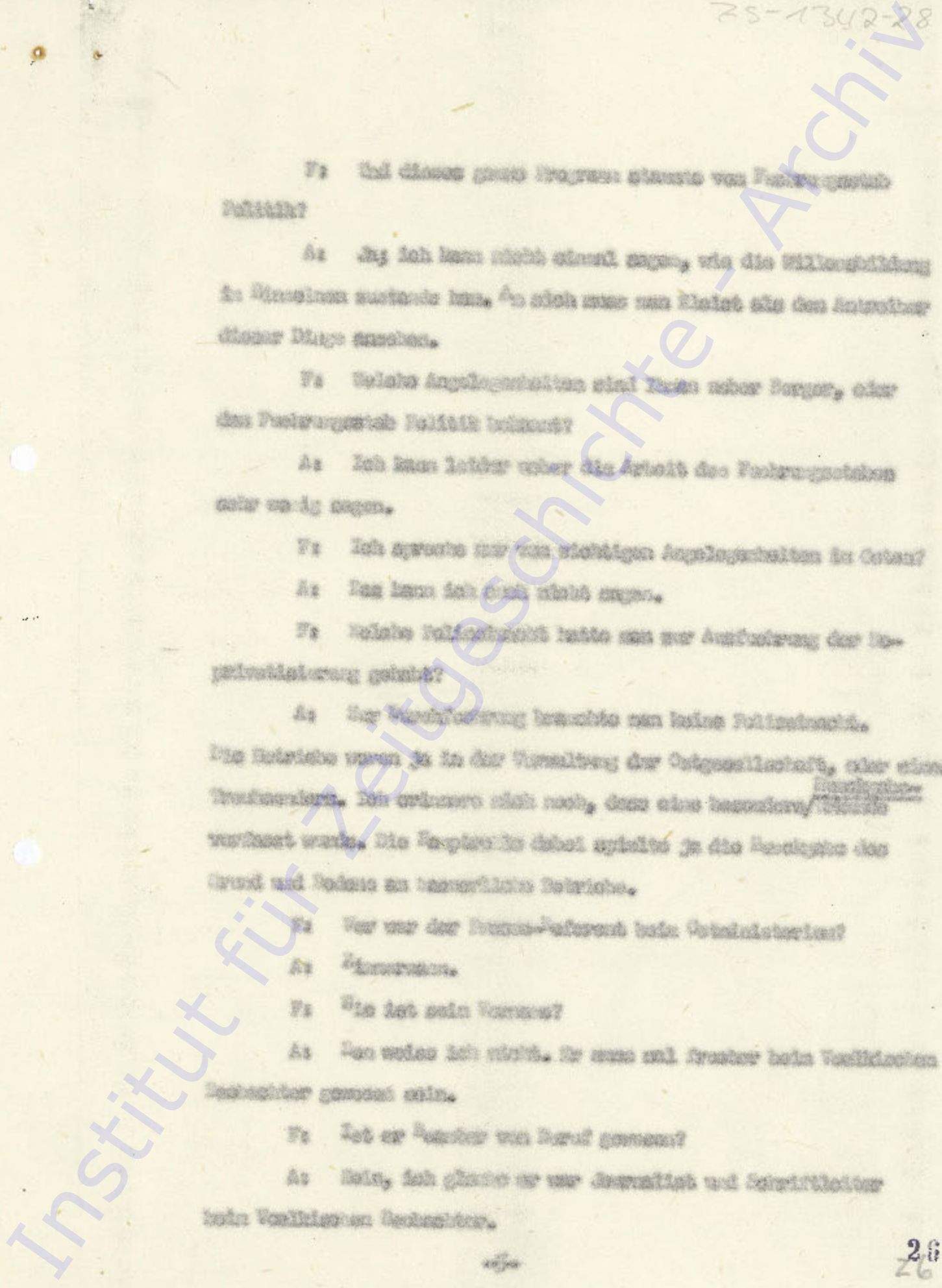
As: Herrmann.

Fr: Wie ist sein Vorname?

As: Das weiß ich nicht. Er muss mit Freyer beim Vertrieben  
Beziehungen gehabt sein.

Fr: Ist er Partner von Freyer gewesen?

As: Nein, ich glaube er war Journalist und Schriftsteller  
beim Vertrieben Bezieher.



F: Wie sah er aus? Konnte Sie mir eine Beschreibung von  
Shannon geben?

A: Klein, etwas korpulent, runder Gesicht.

F: Wo alt ungefähr?

A: Ich schätze 30/35 Jahre.

F: War er bei der FBI?

A: Das weiß ich nicht.

F: Wo ist er jetzt? Wann haben Sie ihn zum letzten Mal gesehen?

A: In der Internationalsität.

F: Wann?

A: Ich möchte gegen darüber Auskunft geben.

F: Wie konnte man was Informationen über wirtschaftliche Zusammenhänge. Wer war das?

A: Ober-Verwaltunglicher Mitarbeiter.

F: Kennen Sie den Vorgesetzten von Mitarbeiter?

A: Ja.

F: Wann haben Sie ihn zuletzt gesehen?

A: Ich habe keine an der gleichen Zeit gesehen.

F: Wo ist jetzt jetzt?

A: Das weiß ich nicht, er soll in Freiheit sein, er soll  
nicht verhaftet worden sein.

F: Kennen Sie seinen Namen?

A: Das weiß ich nicht.

F: Wie ist sein Name?

A: Das weiß ich nicht.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fr 1912 war noch Rollrecht der Leiter der Hauptabteilung Rollrecht?

As Ja.

Fr Ist Chef der Verwaltungsteilung?

As Ministerial-Direktor Sachs.

Fr Wann haben Sie diesen amtierend gesehen?

As Sachs wurde von der Hauptabteilung II beauftragt, oben Ende 1913 wiederholt, oder Anfang 1914.

Fr Wo war er zu dieser Zeit?

As Er war Erster Regierungs-Präsident in Ansburg/entfallen.

Fr War Ministerium vertrieben?

As Das weiss ich nicht, ich habe ihn in Internatslager 2 oder 3 mal gesprochen.

Fr Ist Schlichter?

As Der war Leiter der Hauptabteilung gewerbliche Wirtschaft.

Fr Wann haben Sie ihn zum letzten Mal gesehen?

As Schlichter habe ich wahrscheinlich gesehen Anfang, oder Mitte des Jahres 1914. Er hat dann, soviel ich weis, Ende 1914 zur Weisung gegangen.

Fr Ist war hatte die Abteilung "Verwaltung und Landwirtschaft"?

As Nicht.

Fr Ist die Abteilung Rollrecht?

As Ich bin Ministerial-Direktor, das hat vor mir nicht. Ich habe versucht, auf seinen Ideen zu bauen, leider kann ich nicht darauf. Er war Erster Staatsminister bei Hoff, ich kann mich nicht auf seinen Namen entscheiden.

F: Kennen Sie Herrmann?

A: Ich kenne ihn im Außenministerium kennen, er war auch Ministerial-Direktor in der Hauptabteilung Politik. Ich kenne ihn lange nicht mehr gesehen. Ich glaube, dass er auch schon vor 1918 aus dem Außenministerium ausschied, wenn ich mich nicht täusche.

Die Hauptabteilung Technik ist sehr bald aus dem Außenministerium wieder herausgelassen und wurde dann von Spoor, beziehungsweise diesem Staatssekretär unmittelbar geleitet. Ich habe versucht, die Entwicklung in dieser Abteilung zu schildern, soweit ich das konnte. Die Organisation ist hier etwas geändert worden.

F: Wie passt eigentlich der "Arbeitsminister" in diesen Plan?

A: Ich bin mir nicht darüber klar, wo der Arbeitsminister zu Beginn seiner Tätigkeit organisiert u. beauftragt war. Ich habe versucht -ich habe auch eine Propaganda gemacht- dass er in der Abteilung gewerbliche Wirtschaft u. beauftragt war. Ich kann auch nicht sagen, ob der Ministerial-Direktor Teil am Anfang diese Tätigkeit war, jedenfalls später war Teil Leiter der Abteilung Arbeitsminister und unterstand natürlich unmittelbar dem Geschäftsführer, später dem Geschäftsführer der Hauptabteilung Wirtschaft unter dem Namen Altmeyer.

F: In welcher Richtung hatte Burger Einfluss auf die verschiedenen Abteilungen?

A: Ich möchte sagen, dass in Dresden und Berlin die Verhandlungen unter dem Geschäftsführer Burger erfolgten.

F: Kennen Sie Dr. Jung von Außenministerium?

A: Ja, er war der Leiter der Finanzabteilung.

F: Wann haben Sie ihn zum letzten Mal gesehen?

A: Lange wurde eingesperrt und soll jetzt gefangen sein, es wurde mir ersucht während der Interdierung. Ich habe ihn gesehen wahrscheinlich im Jahre 1943 zum letzten Mal.

F: Haben Sie im Bereich Arbeitsbereich irgendwelche Beziehungen gehabt mit der Dienststelle "Hittel"?

A: Nein, ich bin nicht erinnerlich, auch nicht, dass eine Dienststelle Hittel vorhanden war.

F: Sie haben von der Regierung gesprochen, und man sagte Sie, dass sie nur durchgeföhrt werden könnten, wenn der Eigentümer nicht arbeitslos war?

A: Das ist meine nicht aus persönlicher Erinnerung.

F: Können Sie mir irgendwelche den Präsidenten angeben, der Betriebe, die repräsentiert werden konnten und welche nicht?

A: Nein, das kann ich nicht sagen.

F: Welche die Natur der Betriebe und unter geschäftlichen Verhältnissen?

A: Das kann ich nicht sagen, denn es wurde ja der Wert der Betriebe eine Rolle spielen.

F: Können Sie ungefähr berechnen die große Masse geschäftlichen Verhältnisse, oder nur 2 oder 3 Prozent?

A: Ohne aus dem Grunde kann ich es nicht, weil ich damit nichts zu tun habe. Ich habe es nur gehabt mit dem Sekret der Stadtverwaltung, die nach meiner Erinnerung nicht von Arbeitsminister, sondern von Arbeitsminister ernannt wurde, und ich selbst hätte schriftliche Befehle mit dem Arbeitsminister haben gehabt, die für mich sogar eine Lösungsmöglichkeit Anlehnung nach Tittel zur Folge hätte.

F: Zu welcher Zeit waren Sie in Tittel?



A: Ich sehe an, das wird wohl Seite/Seite 1943 gemeint sein. Ich kann das nicht genau sagen. Diese Seiten, da muss ich immer wieder vorlesen, auf Grund einiger Begriffe, selbst strukturiert.

F: Gerade weil Sie ständig Differenzen hatten, musste ich annehmen, dass Sie wissen, ungeachtet, ob die Mehrheit der Betriebe verschlungen wurde, oder ob es sich nur um eine kleine Anzahl handelt?

A: Ich habe in Wien frag die Mehrheit, dass eine Reihe wichtiger Betriebe nicht zur Liquidation kamen, und zwar nicht wegen ihrer Wichtigkeit, sondern einfach nur das Ergebnis—

F: Dass die Liquidation nicht mehr da war?

A: Nicht nur, sondern auch jüdische Betriebe.

F: Sind das sehr viele gewesen?

A: Die wichtigsten Betriebe waren in jüdischer Hand.

F: Gehört nun sagen konnte, dass die Mehrheit der Betriebe nicht mehr verschlungen wurde, weil die jüdischen Betriebe nicht mehr da waren?

A: Jüdische Betriebe waren an sich ausgeschlossen von der Liquidation, das ist richtig. Ich kann Ihnen nicht das Mengen- und Wertverhältnis sagen.

F: Es ist eine ganz andere Frage, die sich beantwortet haben Stellung in Wien auf die Beantwortung in der Ukraine vorwärts hat nicht. Können Sie mir da weitere Aufschlüsse geben?

A: Ja, ich kann Ihnen auch nichts sagen. Ich habe deshalb in Erinnerung, dass immer die Fortschrittsentwicklung eine oft langgestreckte Entwicklung war, u.ä. dass man eine Struktur nicht die Ursache gewesen ist.

F: Stimmt die Vertikalarbeitsteilung mit der horizontalen  
Arbeitsaufteilung in Einklang?

A: Das möchte ich so nicht sagen.

F: Wie kommt man Bürger zu bestimmten Aufgaben in der Verti-  
kalarbeitsteilung?

A: Das wäre ich nicht.

F: In Ihrer Zeit war ja gerade das mit Vertikal arbeitsteilung

A: Ja, in Ostdeutschland.

F: Waren Bürger auch die Vertikalarbeitsteilung unterstellt?

A: Das wäre ich nicht.

-----

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Mittrag. v. 22. 9a

47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation Nr. 122 G

auf Veranlassung von Hr. Petersen  
am 22. April 1947

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1948/56

VERFRAGUNG

Karsten Reinbothe

durch Hr. Schneider am 22.4.1947/9, 20 Uhr

Stammpl.: Kitzbühel.

F: Ihren Namen bitte?

A: Karsten Reinbothe

F: Sie sind sich bewusst, dass Sie noch immer unter Eid stehen?

A: Ja.

F: Ich möchte heute von Ihnen wissen, was Sie unter Gezweck-  
schaften verstehen?

A: Der Ausdruck Gezweckschaften ist nicht klar, unter  
Gezweckschaften im Allgemeinen diejenigen, die im Reich gegründet werden  
mit dem Ziel, wirtschaftliche Aufgaben im russischen Gebiet durchzuführen.

F: Von wo wurden die Gezweckschaften gegründet?

A: Das ist unklar. In Allgemeinen von den Reichsministerien  
wobei ich annehmen muss, würden die Stellen, die offiziell die Gründer  
aufwiesen und der Stelle, die die Gründung veranlaßt hat.

F: Sind die Gezweckschaften in Deutschland gegründet worden  
mit dem Ziel, dass man die Wirtschaft im Osten verwalten konnte?

A: Die Aufgabe der Gezweckschaften war Wirtschaftsführung, und  
zum großen Teil Handel. Es waren nicht nur Produzenten, sondern gleichzeitig  
auch Handelsgeellschaften, z.B. die Zentrale Handelsgeellschaft Ost war

*Offizier*

Ministerium so stark wie die Treuhandgesellschaft.

F: Mit welchen Betrieben hatten sie sich befasst?

A: Nach ihrem Schatzungs- nach ihrem speziellen Zweck. Ich sagte schon, die zentrale Landtagsgesellschaft hat, die gewerblichen Betriebe, hatten nicht die rein landwirtschaftlichen Grundstücke, sondern eine Treuhandgesellschaft von landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, aber einer Zuhilfenahme bis hin auf zur Erzeugung von Schmelzblech.

F: Welche Betriebe kamen hier in Frage, die Betriebe, die von den Banken selbst verwaltet wurden nicht von den Ministerien, oder in Wirklichkeit die Betriebe, die an die deutschen Regierungen zurückgegeben wurden, oder welche Betriebe waren das, die von den Treuhandgesellschaften betreut wurden?

A: Soweit ich mich entsinne, wurde bei den Treuhandgesellschaften ein Interesse nicht gesucht. Sie wurden gegründet und gingen an zu arbeiten zu einem Zeitpunkt, wo diese Dinge relativ wenig geklärt waren. Ich sind sie gegründet worden.

F: Wenn man von Treuhandgesellschaften spricht, was versteht man unter dem Wort Betreuung eines Betriebes oder der Landwirtschaft?

A: In Allgemeinen nicht das, was bei uns eine Farmgruppe macht, sondern lediglich Treuhandrechtlich, also Betriebsführung in eigener Regie, oder wie das später erfolgte, durch Betreuungen. Bei der Bergwerke hat werden zu einem späteren Zeitpunkt deutsche Betriebe herangeholt, die für bestimmte Betriebe der Schwerindustrie die Treuhandrechte übernahmen.

F: Das hat sich praktisch ausgedrückt als volle Übernahme der Betriebe?

A: In einer Übernahme der Betriebe, aber treuhandrechtlich.

F: Sollen Sie sagen, dass das keine Enteignung war?

A: Ja, das möchte ich sagen. Aber ich sagte schon, diese ganzen Dinge waren manchmal juristisch nicht gefordert, sie sind später erst gefordert worden; also das war keine Enteignung. Ausserdem kann Ihnen, dass fast alle Betriebe, oder vielleicht sogar alle Betriebe, die die Volksgenossenschaft unterstellt, mit geringen Ausnahmen, Staatsbetriebe waren, dass auch in den belagerten Staaten war die Nationalisierung schon durchgeführt.

F: Führt das nun später der Staat die Aufgabe der Rechtshilfe an die früheren Besitzer zurück?

A: Ja.

F: Dies ist doch in anderer Hinsicht eine Enteignung der vorhergehenden Besitzer?

A: Nein, diese Rechtslage bezieht sich auf die Nationalisierung und die Nationalisierung hatte zum Gegenstand die Aufgabe von privaten Eigentümern, das von den Russen übernommen worden war, nicht von deutscher Seite.

F: Welche Betriebe wurden von den Volksgenossenschaften betreut?

A: Zunächst muss ich darauf aufmerksam machen, dass ich nicht selbst Betriebe verwaltet, oder Sachverwalter eingesetzt habe, sondern das erfolgte durch die Treuhänderverwaltung der Reichskommisssare; denn auch wenn von diesen Stellen nur noch die verbleibenden Betriebe, die noch keinen Treuhänder hatten, mit Treuhändern versehen. Die Volksgenossenschaften waren bereits früher ins Leben gerufen und hatten früher zu arbeiten begonnen, als die Treuhänderverwaltungen, sodass man sagen kann, dass die wichtigsten Betriebe von den Volksgenossenschaften betreut werden,

und das Schicksal der Industrieverwaltung war in der Hinsicht sehr gering, weil in der Ukraine, außer den im Reich gegründeten Gesellschaften der Reichsindustrie noch besondere ukrainische Gesellschaften im Leben gerufen hat, in Gegensatz zu den belarischen Ländern, wo dortige Gesellschaften der Reichsindustrie nicht bestanden, und ich mein Ziel an Anfang meiner Arbeit darauf gerichtet habe, eine Volksgesellschaft, die der Reichsindustrie Leben bringen sollte in eigene Mittel in die Hand zu bekommen und sich einer Verantwortlichkeit hin zu bedienen, die zu unterstützen.

F: Wenn solche Volksgesellschaften gegründet werden, wie groß waren die Betriebe, oder wieviel Betriebe sind darin eingeschlossen?

A: Die Volksgesellschaften sind gegründet worden, die großen, zu einem Zeitpunkt, wo man einen Überblick über das, was im Einzelnen nachher durchzuführen war unter die Zahl und Lage der Betriebe, noch nicht hatte.

F: Könnte man sagen, dass eine Volksgesellschaft gegründet werden ist zu dem Zweck, dass alle Betriebe, alle besonderen Betriebe--

A: Einen bestimmten Zweckbestimmungen? Nein, sehr vielschichtig zu planen und zu beabsichtigen. Die Volksgesellschaft war nach Zweckbestimmungen gesondert.

F: Die Betriebe sollten für Deutschland produzieren?

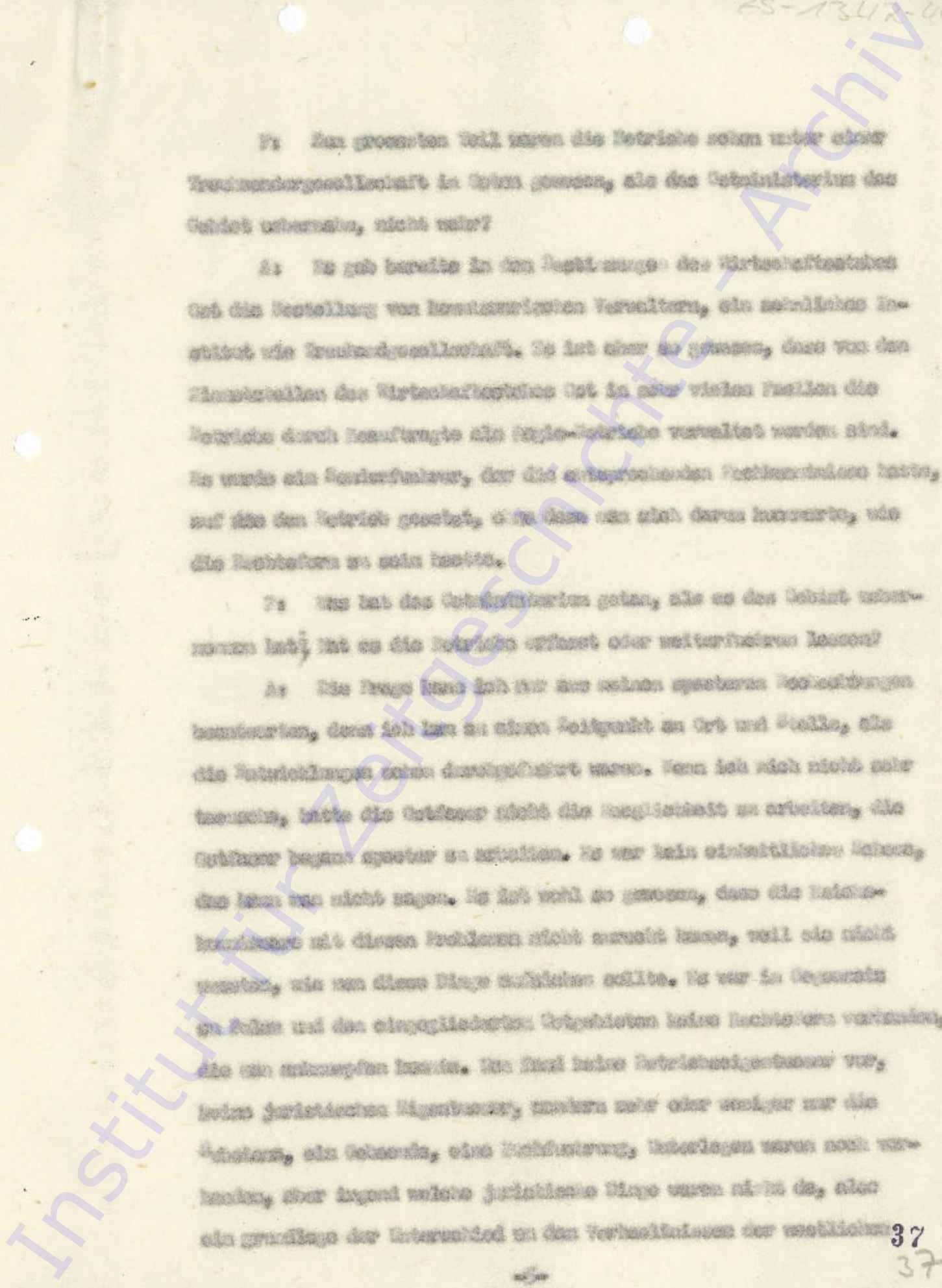
A: Das kann man nicht sagen. Das erste war die Erfüllung des Kriegszweckes. Ein Teil der Volksgesellschaften, der lediglich in Operationsgebiet tätig war unterstand dem Generalstab nicht. Die Bergbau-Gesellschaft war auch später unterwiegend in Operationsgebiet tätig, denn die Mehrheit der Betriebe lag und blieb im Operationsgebiet; denken Sie an das Eisenwerk, Stalino usw.

F: Zum groeften Teil waren die Betriebe schon unter einer  
Treuhandgesellschaft in Betrieb gewesen, als das Ministerium den  
Betrieb uebernahm, nicht wahr?

A: Es gab bereits in den Bestimmungen der Wirtschaftskammer  
etwa die Bestellung von kommissarischen Verwaltern, ein solches In-  
stitut wie Treuhandgesellschaft. Es ist aber so gewesen, dass von den  
Einzelbetrieben der Wirtschaftskammer hat in sehr vielen Faellen die  
Betriebe durch Kaufvertraege als Folge-Verkaufe vererbt worden sind.  
Es wurde ein Betriebsfaktor, der die entsprechenden Rechtsbeziehungen hatte,  
auf die den Betrieb geerbt, oder dass man sich daran hielten, wie  
die Rechtsform zu sein sollte.

F: Was hat das Ministerium getan, als es den Betrieb ueber-  
nommen hat, hat es die Betriebe erfasst oder weiterbetrieben lassen?

A: Die Frage kann ich nur aus meinen spaeteren Beobachtungen  
beantworten, denn ich bin zu einem Zeitpunkt an Ort und Stelle, als  
die Entscheidungen schon durchgefuehrt waren. Wenn ich nicht mehr  
trauen, hatte die Arbeiter nicht die Moeglichkeit zu arbeiten, die  
Arbeiter begann spaeter zu arbeiten. Es war kein einheitliches Handeln,  
das kann man nicht sagen. Es ist wohl so gewesen, dass die Betriebs-  
leitungen mit diesen Problemen nicht zurecht kamen, weil sie nicht  
wussten, wie man diese Dinge schlichten sollte. Es war in gewissen  
einigen und den eingegliederten Betriebsstellen keine Rechnung vorhanden,  
die man annehmen konnte. Das sind keine Betriebsunternehmer vor,  
keine juristische Eigenheit, sondern mehr oder weniger nur die  
Arbeiter, ein Werkstatte, eine Handlung, unterlegen waren noch vor-  
handen, aber irgend welche juristische Dinge waren nicht da, also  
ein Grundlage der Unterstellung in den Verhaeltnissen der wirtschaftlichen





Gebäude.

Fr. Gel in den belagerten Ländern wollte man die Betriebe ausschließen an die Eigentümer, wenn sie ausserland waren?

Ja, die Verwaltung war eben vor an Eigentümer, die dort ausserland waren.

Fr. Gel wenn die Eigentümer nicht ausserland waren?

Ja. Die Betriebe blieben dann entweder bei den Eigentümerfamilien oder bei Treuhänderverwaltungen.

Fr. Was war der Unterschied im Verhältnis zwischen Treuhändergesellschaft und Eigentümerfamilie? In Ostpreußen hatte man doch die Treuhändergesellschaft, nicht wahr?

Ja. Ja.

Fr. Und ausserdem gab es Eigentümerfamilien. Was ist der Unterschied zwischen beiden?

Ja. Die Eigentümerfamilie war ein landwirtschaftlich geleiteter Betrieb mit landwirtschaftlicher Produktion, <sup>der</sup> nicht nur Treuhänderfamilie. In Gestalt eines Zentral-Treuhänders durch Angestellte ausübte, sondern auch landwirtschaftliche Betriebe, und zwar mit und zwischen dem gleichen Betrieb, während die Treuhänderverwaltung eine Abteilung der Reichs- oder Generalverwaltung war und als eine staatliche Abteilung mit Hilfe einer Bestellung, die juristisch etwa einem Verwalter gleichkam, nicht einem Angestelltenvertrag, einzelne Personen zu Landwirten bestellte, die also nicht Angestellte oder Beamte der Staatsverwaltung waren.

der Unterschied

Fr. Was war der ~~Unterschied~~ zwischen Eigentümerfamilie und Treuhänderverwaltung?

A: Es hat so gewirkt, daß hier zunächst nur eine kleine  
 eigene Bewegung entstanden. Die Ortsvereine hat sich in Allgemein-  
 vereine umgewandelt und es gelang mir nicht, einen Einfluss auf die Ortsvereine  
 auszuüben, ja selbst Inkassosachen von ihr zu erhalten. Ich  
 erhielt in die Vorherrschaft der und in die zentrale Landesvereine  
 der überhaupt erst richtig, wenn auch nicht ausreißend, als es sich  
 durch handelte, die Abwicklung durchzuführen, ich habe u.a. Herrn Fleißner  
 aus Potsdam in Potsdam die Hauptstadt gesehen, Herrn Fleißner,  
 Leiter der zentralen Landesvereine der erst im Jahre 1943 an  
 das Verzeichnis der Ortsvereine zu zeigen, es war so, dass sich  
 die Landesvereine in Allgemein vereine umgewandelt. Es war so, dass abge-  
 rufen jedes Ministerium selbständig arbeitete.

F: Welche Ziele gab es, einheitliche oder verschiedene?

A: Eine gewisse einheitliche Planung erfolgte durch den  
 Vierjahresplan, dass die Ortsvereine nur ins Leben gerufen werden  
 mindestens mit Unterstützung oder mit der Initiative des Vierjahresplans.  
 Es war so gewesen: Später wurde auf seine Veranlassung eine Revolutions-  
 gesellschaft ins Leben gerufen, welche sich mit wirtschaftlichen Maßnahmen  
 nicht durchsetzte, wollte ich versuchen, wenigstens durch eine Revolver  
 eine gewisse Ordnung zu schaffen und die Situation war folgende,--  
 dass ich das hier einbringen von Bräutern wurde verboten, ihre Bräutigam-  
 sachen mir auszuhandeln und das Ministerium war so schlecht, um  
 eine Verbindung durchzuführen, die ich erlangen hatte.

F: Wer hat das verboten?

A: Es wurde verboten von den Dienststellen des Reichsministeriums  
 genau so wie es Reichlicher Reich verfügt, den Angehörigen der Reichs-  
 gesellschaft, wenn sie an ihren Angehörigen ins Reich führen, bei mir

versprechen. Wenn sie kann, kann sie auf ihr eigenes Risiko, sie kann befehlen zu mir.

F: Kann ich mich nicht entsinne, haben Sie bei Herrn letzten Vertreter gesagt-- wir sprechen jetzt von Belgien-- dass die Betriebe so wie sie standen, mit etwelchen Rechte und Abgaben für Staatszwecke des Reichs zur Verfügung gestellt werden.

A: Ich wurde gefragt, wie die Übergabe erfolgte, und daraufhin habe ich gesagt die Übergabe an die Privatigentümer erfolgte so, wie die Betriebe standen und lagen, mit Substanzrechte und Abgang, lediglich die in der Reichsrenten erhaltenen Pensionsrechte verblieben der Reichsrentenverwaltung, b-einstimmig über den Reichstag.

F: Welchen Reichstag?

A: Den Reichstag des Reichs- oder Gesamtstaatsparlament.

F: In Belgien gibt es diese Möglichkeiten: I. Betriebe, die in Belgien waren, wo die Eigentümer auswandert waren? II. wo die Eigentümer nicht auswandert waren? Was die Eigentümer Jelen waren?

A: Nein.

F: Hatte man das weiter nachgeprüft, ob die Betriebe vorher von Jelen gekauft wurden, oder von Deutschen?

A: Das ist mir nicht bekannt. Bei bekannten Betrieben, da wusste man, was die Betriebe geübert, aber besondere Untersuchungen sind nach meiner Ansicht nicht durchgeführt worden.

F: Dann spielte es keine Rolle, was man die Betriebe erworben hatten, wenn die Eigentümer nicht auswandert waren?

A: Nach meiner Erinnerung war auch das die Gesellschaft verpflichtet, zu erörtern.

Fr: Und wenn die Eigentümer nicht gewesen wären, hätte die  
Gesellschaft...

As: Dann hätte das richtige Verhältnis bestanden, und mein  
Anspruch war ja, das eben das Ost-Verhältnis klar zu machen, was  
am Anfang nicht geklärt war, dass sie in ihrer Betriebsführung nur  
beieinander waren. Das war in den Sitzungen nicht ganz klar zum Ausdruck  
gekommen.

Fr: Ist Ihnen *Osti* ein Begriff?

As: Nein.

Fr: Das ist eine Gesellschaft.

As: Was soll die genau bezeichnen?

Fr: Das war eine Firmen-Organisation in Ostdeutschland?

As: Ich bin aber nicht sicher, das eigentlich wissen, das kann  
nicht sein.

Fr: Hiedurch hätte <sup>Glebocnik</sup> ~~Polen~~ mit dem Ostministerium zu tun,  
bestehungsweise für wirtschaftliche Fragen?

As: Ich kann Herrn <sup>Glebocnik</sup> ~~Polen~~ nicht, das ist mir kein Begriff.

Fr: Haben Sie den Namen in Ostdeutschland gekannt?

As: Nein, das glaube ich nicht.

Fr: Die Güter, die als Erträge in Ostdeutschland und in der Ukraine  
erzeugt werden sind, gingen zum Teil auch an das Ostministerium, nicht  
wahr?

As: Hing die Frage ist mir nicht zu beantworten, weil auch aus  
folgenden Grunde. Ich darf zunächst erwähnen, dass es mein Ziel war  
dabei die Schaffung eines Wirtschaftskommunikationsorgans, die Frage der

betriebe - die Betriebe getrennt vom Haushalt untersteht es unabweislich ein besseres Wirtschaftswesen zu bilden. Dieses Ziel habe ich nicht erreicht. Ich würde gerne sagen, dass die Beiträge der Betriebe in den Haushalt gingen, sie gingen nicht in den Haushalt des Gesamtministeriums, sondern in den Haushalt der Reichsbankverwaltung. Ich selbst habe in meiner ganzen Reichsbankverwaltung über keinen Pfennig verfuhr.

F: Aber das heißt der Reichsbankverwaltung war ein Bestandteil des Gesamtministeriums?

A: Auch diese Frage kann man schon aus Rechnungsgründen verstehen, wenigstens gilt das für die Weimarer. Eine Transferierung fand nicht statt. -- Das ist möglich, aber sie hat nicht stattgefunden, denn aus dem Haushalt der Reichsbankverwaltung sollten die benötigten Dienstleistungen gekauft werden und diese Leistungen waren existent, unter anderem dies war natürlich hoch, da sich ja die Hauptkategorie in sehr geringer Zahl in diesem Gebiet befand.

F: Können Sie mir sagen, wo die gesamte Gelder, die das Gesamtministerium über seine Rechte hinaus, hingekommen sind sind?

A: Der Haushalt des Gesamtministeriums war ein Bestandteil des Reichshaushalts und wurde aus dem Reichshaushalt nach meiner Ansicht gebildet und untersteht.

F: Sollen Sie bezeugen, dass das Gesamtministerium keinerlei finanzielle Vorteile hatte von Ostgesellschaften, die in Berlin beschäftigt arbeiteten?

A: Mir ist nicht bekannt, dass Ostgesellschaften Beiträge an das Gesamtministerium abgeführt hat. Ich bin über die beschriebenen Dinge nicht genügend unterrichtet.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

F: Sie lassen also die Möglichkeit offen, dass das Verbot  
die Verträge zur Verfügung stellen?

A: Nein, ich halte das für sehr unvorteilhaft, und zwar des-  
wegen - das gilt für den geschäftlichen Sektor -, weil nach unserem  
Mittel den Vertragspartnern, zunächst aus handelsrechtlichen, später aus  
Rechtsgründen, zur Verfügung gestellt werden. Das Beispiel, was einem Be-  
trag zu rechnet: Die Bergwerke Ost hatte unter 100 Millionen Reichsmark  
erhalten, um zunächst wieder auszugeben.

F: Eine andere Frage: Sie sind es denn mit der Registrierung  
in der Ukraine auf?

A: In der Ukraine konnte man eigentlich sehr schlecht von einer  
Registrierung sprechen, es sei denn, dass man damit was Ausdruck bringen  
will, Eigentum, das in etwa 1918/19/20 enteignet wurde, nach einer  
Zeit wieder zurückzugeben. Dabei sehe ich ab von hessischen Besitz.

F: Sie sagten, dass in den baltischen Ländern das Eigentum  
verzeichnet wurde. Ist das?

A: In Estland, nicht in Lettland.

F: In allen baltischen?

A: Ja.

F: Ist daraus abzulesen, dass eine Überprüfung stattgefunden  
haben muss?

A: Ja.

F: Eine Überprüfung der Späteren, da es nicht mehr in  
die Registrierung wählen konnten?

A: Ja, sicher.

Fr: Was wiederum den Willen misseht, dass man nicht zugewandert konnte, weil die Eigentümer keine gewesen sind?

As: Nein, es ist so gewesen. Soweit ich mich entsinnere, mussten sich die Eigentümer stellen. Und es werden ja außer den juristischen Eigentümern nicht verschwiegen z.B. Staatsbetriebe, Betriebe von Reichspostämtern, Betriebe von Landesherrn, Betriebe von juristischen Personen.

Fr: Betriebe von Reichsindustriellen werden nicht verschwiegen?

As: Nein, es sei denn, dass der Reichsindustrielle an Ort und Stelle den Betrieb unterhalte. Soweit ich mich entsinnere, war der wirtschaftliche Sinn einer derartigen Übernahme der, dass man durch eine private wirtschaftliche Forderung, die aber dann persönlich zu erfüllen hatte, den Betriebsfortbestand erhalten konnte.

Fr: Sie traut vor der Präsentation der Betriebe, die repräsentiert werden?

As: Ich weiß nicht dazu auf meine letzte Aussage bestehen, ich weiß es nicht.

Fr: Erwies Sie sich dies in der Reichszeit nicht unterschuldig?

As: Sie können vorstellen sein, dass ich alles, was ich sagte, mir unterschuldig habe, und ich habe die große Mühe, dass Sie meine Aufmerksamkeitspflicht wahrnehmen. Ich kann die Dinge nicht so darzustellen lassen. Ich sagte ja schon, dass die Durchsetzung ohne mein Wissen erfolgte und es einen Zeitpunkt gab, wo überhaupt keine mir verboten hätte, mein Gebiet zu betreten.

Fr: Wobin können die Beträge?

A: Welche Erwähnung?

F: Was den in den belgischen Ländern bestehenden Konzentrationslagern?

A: Das weis ich nicht, ich habe nie mit Konzentrationslagern etwas zu tun gehabt, ich habe auch wenn ich das noch sagen dürfte mit den jüdischen Verträgen, also mit den krieglichen Verträgen nie etwas zu tun gehabt.

F: Wann ist Kleist geflüchtet?

A: Kleist ist nicht geflüchtet, Inge ist geflüchtet. Ich sagte, er wurde nur verurteilt eingeworfen, nicht seiner Überführung. Kleist soll frei sein, Kleist war Ministerialdirektor im Geheimdienst und hatte die Abteilung in belgischen Ländern.

F: War das Kleist, der beim Wehrmachtstab war?

A: Ich weis das nicht, ich möchte es wissen, dass er dort war, ich hatte die Personalabteilung des Wehrmachtstabes nicht, er hat damals gedient und ist beurlaubt auch im Wehrmachtstab gewesen.

F: Kann es möglich sein, dass zwei Männer mit dem Namen Kleist im Geheimdienst waren?

A: Ja, er war ja der Experte für die belgischen Länder.

F: Sie sind sich nicht sicher, dass es Hr. Kleist gewesen ist?

A: Ich möchte es wissen, ich weis das nicht genau, xxx

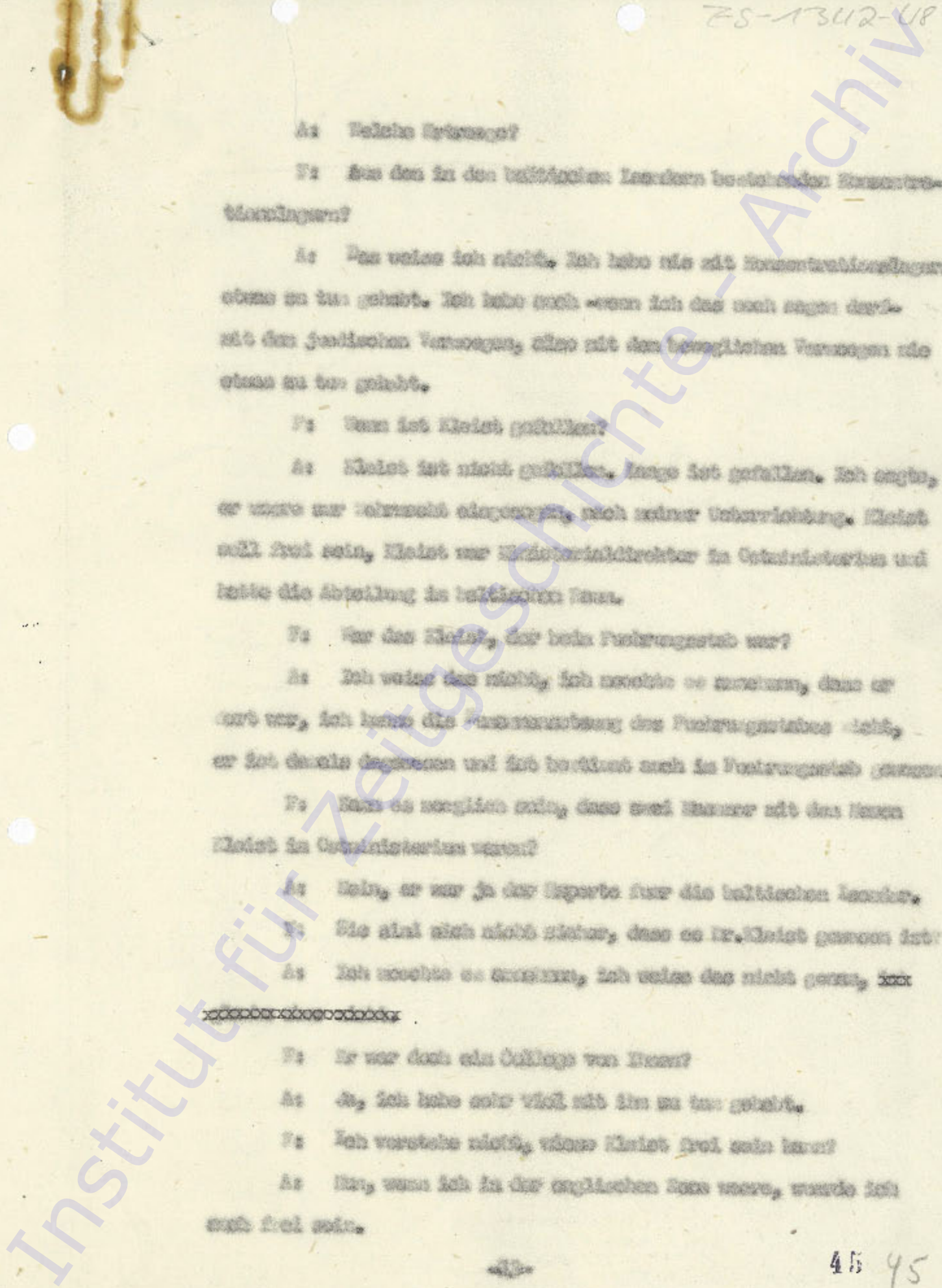
~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~

F: Er war doch ein Kollege von Ihnen?

A: Ja, ich habe sehr viel mit ihm zu tun gehabt.

F: Ich verstehe nicht, wann Kleist frei sein kann?

A: Ihn, wenn ich in der englischen Zone wäre, würde ich auch frei sein.





F: Wer Kleist bei dem 1807

A: Das weiss ich nicht.

F: Wo wohnte Kleist, was das Sie sprechen?

A: Das weiss ich nicht. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür, ich kenne ihn nicht privat, sondern nur dienstlich. Wir hatten gewisse schriftliche Gegenstände---

F: Ist er nie zur Fest gekommen?

A: Nein, das mochte ich nicht annehmen. Ich habe ihn, als ich 1804 aus dem Geheimratlichen ausschied, wenig noch gesehen; ich habe nur noch die Abrechnungssachen gemacht.

F: Danke, das ist alles für heute.

---

16.5.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Geschichte  
Forschung  
ARCHIV  
1948/56

VERNEHMUNG

Herrn ROSENBERG am 16. Mai 1947

durch Mr. SCHNEIDER 9,45 Uhr

auf Veranlassung Mr. PETERSEN

Stenogr.: R. HEMMER.

F: Sind Sie Hermann ROSENBERG?

A: Ja.

F: Sie sind schon einmal hier vernommen worden und Sie sind sich bewusst, dass Sie noch immer unter Eid stehen?

A: Ja wohl.

F: Ich komme zurück auf Gottlob BERGER. Bei einer anderen Vernehmung haben Sie gesagt, dass Rosenberg zu schwach war, deshalb kam BERGER zum Oetministerium, um ROSENBERG zu unterstützen. Was verstehen Sie unter dieser Unterstützung?

A: Es ist so: ROSENBERG konnte sich weder gegenüber den Reichsministerien, noch vor allen Dingen, was das Entscheidende war, gegen seine eigenen Reichskommissare durchsetzen. Sein grosser Widersacher war KOCH, er dominierte, weil die URSAHE das wichtigste Gebiet war. Ich hatte den Eindruck, dass BERGER mit der Stosskraft der SS versuchen oder helfen sollte, die vollkommene geschwächte Position von ROSENBERG gegenüber diesen Instanzen zu stärken. Es war so, dass KOCH es einfach ablehnte, auf irgend welche Befehle zu reagieren. Die Reichskommissare waren von HITLER ernannt und hatten unmittelbaren Zugang zu ihm. Ich erinnere mich, dass bei einer Gelegenheit ROSENBERG als erster bei HITLER war, und dann kam KOCH.

F: Die Verwaltungsapparate von ROSENBERG sollten das ausführen, was das Außenministerium geplant hatte?

A: Ja, es war so, dass ROSENBERG -das habe ich schon mal ausgesagt- diese Möglichkeiten hatte. Aber ROSENBERG war, meiner Meinung nach, ein ungutlicher Mensch, er war sehr weich und da war mein Eindruck, dass man ein stärker Mann brauchen sollte, um hier Ordnung zu schaffen.

F: Was konnte ROSENBERG aber durch jemanden anderen ersetzen?

A: Ja, ich kann nur meine Eindrücke wiedergeben. Ich glaube, dass es allgemeine Tendenz war, dass eben immer die Fassade gewahrt werden sollte.

F: Nehmen wir nun an, ROSENBERG wäre gestorben, wäre dann BECKER der Reichminister für die besetzten Ostgebiete geworden?

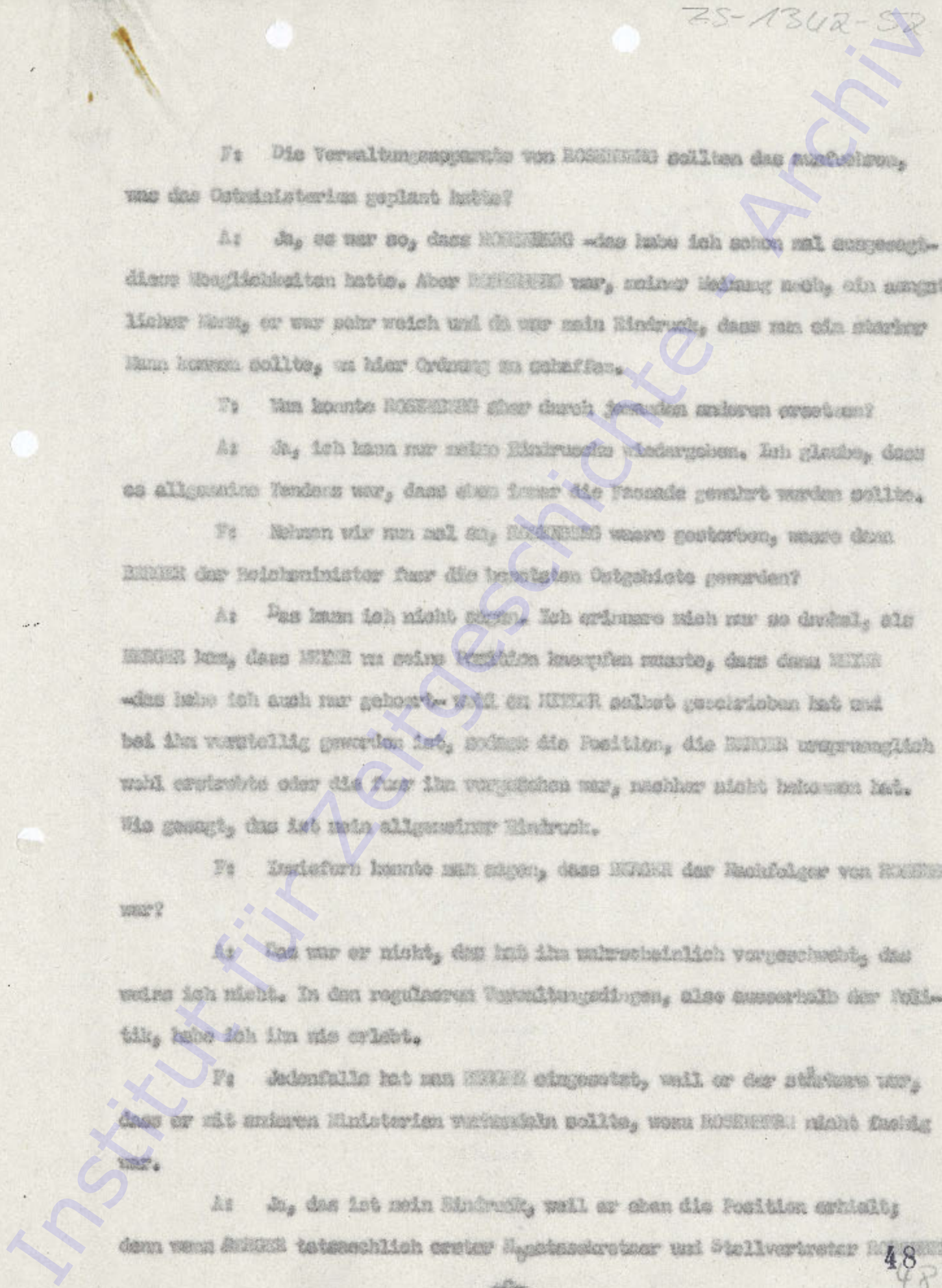
A: Das kann ich nicht sagen. Ich erinnere mich nur so dunkel, als BECKER kam, dass NIEME in seine Funktion überufen wurde, dass dann NIEME -das habe ich auch nur gehört- weil er NIEME selbst geschrieben hat und bei ihm vertällig geworden ist, sodass die Position, die BECKER ursprünglich wohl erstrebte oder die für ihn vorgesehen war, nachher nicht bekommen hat. Wie gesagt, das ist mein allgemeiner Eindruck.

F: Inwiefern konnte man sagen, dass BECKER der Nachfolger von ROSENBERG war?

A: Das war er nicht, das hat ihn wahrscheinlich vorgeschwebt, das weis ich nicht. In den regulären Verwaltungsdingen, also ausserhalb der Militär, habe ich ihn nie erlebt.

F: Jedenfalls hat man NIEME eingesetzt, weil er der stärkere war, dass er mit anderen Ministerien verhandeln sollte, wenn ROSENBERG nicht mehr war.

A: Ja, das ist mein Eindruck, weil er eben die Position erhielt; denn wenn BECKER tatsächlich erster Staatssekretär und Stellvertreter ROSENBERGS



geworden wäre, dann hätte er noch eine ganz andere Reaktion gezeigt.

F: Praktisch war BÜCKER eine grossere Starke als BERNH?

A: BERNH an sich war nicht sehr weichen.

F: Trotzdem muss man annehmen, dass BÜCKER sehr wichtig sein musste, wenn man die oben Geographenliste reinesetzte. Was war BERNH?

A: Gutsichter. BERNH hatte vor allen Dingen ein Interesse bei HITLER und das war sehr entscheidend; ich kann das nur einkreisungsweise wiedergeben. Es war so, dass BERNH drei Tage in Berlin tätig war und 3 Tage in seinem Ort. Dadurch war der ganze Apparat blockiert, wenn er nicht da war, konnte nichts gemacht werden.

F: War BÜCKER ständig in seinem Amt gewesen oder ist er viel herumgereist?

A: Ich habe nie von der Tätigkeit BÜCKERS gehört, ich habe ihn auf einzelnen Sitzungen erlebt. Was er tatsächlich machte, kann ich nicht sagen, ich habe ihn nie gesehen, wir waren rechnerisch vollkommen getrennt.

F: Hatte BERNH nebstamt Verbindungen zu dem Reichskommisaren?

A: Das weiss ich nicht.

F: Ich wundere mich, wie eigentlich das Verhältnis zwischen dem Reichskommisaren und BERNH war...

A: Das weiss ich nicht, das kann ich auch nicht sagen.

Dr. SCHNEIDER: Das ist alles für heute.

-----

Handwritten text: *Handwritten text, possibly a date or reference number, such as "10.6.47".*

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation-No. 962 E

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
1848/56

Vernehmung des Hermann REINBOTH  
am 10. Juni 1947, von 14.00 bis 15.20 Uhr  
durch: Mr. SCHNEIDER  
Stenographin: Elise Baer

- F.: Sie sind derselbe Hermann REINBOTH, den ich schon vernommen habe ?
- A.: Ja.
- F.: Sind Sie sich bewusst, dass Sie immer noch unter Eid stehen ?
- A.: Ja.
- F.: Sie waren beim Ostministerium in der Treuhandverwaltung ?
- A.: Ja.
- F.: Zur selben Zeit haben Sie diese Aufgaben beim Wi-Stab gehabt ?
- A.: Ja, zunächst allein im Ostministerium und später gleichzeitig im Wirtschaftsstab Ost.
- F.: Im Ostministerium war die Treuhandverwaltung in der Hauptabteilung Verwaltung ?
- A.: Sie war ursprünglich gleichzeitig in der Hauptabteilung "Gewerbliche Wirtschaft" und in der Hauptabteilung "Verwaltung". Später wurde sie dann aus beiden Hauptabteilungen herausgenommen und unmittelbar dem Gauleiter MEYER unterstellt und später wieder allein in der Hauptabteilung "Wirtschaft".
- F.: Nun kommen wir zum Thema "Reprivatisierung". Am 19. August 1941 hat Reichskommissar LOEBE eine Bekanntmachung erlassen, dass das gesamte Eigentum der UdSSR vom Reich beschlagnahmt wird. Wissen Sie davon ?
- A.: An ein Datum kann ich mich nicht erinnern, aber die Grundsätze dieser Bekanntmachung sind mir bekannt.
- F.: Was war das ganze Eigentum was die UdSSR im Ostland, Lettland, Litauen usw. gehabt hat ?

- A.: Das war der ganze Grund und Boden, die Bodenschätze wurden verstaatlicht und die Banken, die Wirtschaftsbetriebe, soweit es sich nicht um Handwerksbetriebe handelte. Letztere wurden in einer Art Genossenschaft zusammengefasst und auch der Hausbesitz von einer gewissen Grössenordnung an, ich glaube von etwa 150 bis 200 qm Wohnfläche an, wurde verstaatlicht. Es war etwa nach denselben Grundsätzen, wie sie früher in Russland selbst durchgeführt wurden.
- F.: Die deutsche Regierung hat dieses Eigentum uebernommen ?
- A.: Im Ostland ist eine Verordnung gemacht worden. Ich weiss nicht genau, ob sie vom Wirtschaftsstab Ost oder vom Reichskommissar gemacht wurde. Ich glaube aber, dass sie vom Reichskommissar erlassen worden ist.
- F.: Zu welchem Zweck hat man diese Betriebe und Landwirtschaften uebernommen ?
- A.: Irgendwie mussten die Betriebe weitergefuehrt werden und an die Stelle der von den Russen aufgebauten Organe musste etwas anderes treten.
- F.: Zu welchem Zweck sollten die Betriebe weitergehen ?
- A.: Sie sollten dazu dienen, sowohl der Existenz der Bevoelkerung zu dienen, wie den Bedarf der Truppe zu decken.
- F.: Was sollte theoretisch unternommen werden auf die Reprivatisierung .....
- A.: Die Reprivatisierung ist erst spaeter gekommen. Sie ist bereits im Sommer 1942 ercoertert worden, ist aber erst Mitte 1943 praktisch geworden, also relativ spaeter.
- F.: Was fuer eine Rolle spielte die Ostgesellschaft in der Verwaltung dieses ganz grossen Landbesitzes, der Betriebe, Geschaeftse usw. ?
- A.: Die Verordnung ist nur ein Stein in dem wirtschaftlichen Mosaik gewesen. Es gingen eine Reihe von Massnahmen neben- und durcheinander. Zunaechst hatte die Truppe bzw. der Wirtschaftsstab Ost auch mit der Wirtschaftsverwaltung zu



tun, während die Reichskommissariate erst später auftraten. Die Dienststelle des Wirtschaftsstabes Ost setzte vielfach kommissarische Verwalter ein und dann begann bereits und zwar aufgrund eines Auftrages des Beauftragten des Vierjahresplanes die Ostgesellschaften zu arbeiten. Man kann nicht sagen, dass ein einheitliches Schema vorhanden war.

F.: Nehmen wir einen praktischen Fall, wie die "Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland"?

A.: Ich hatte dienstlich mit der Gesellschaft nichts zu tun, weil sich mein Aufgabengebiet auf die gewerbliche Wirtschaft beschränkte, nicht mit den Grundstücken usw.

F.: Die "Zentral-Handelsgesellschaft Ost m.b.H." hatte doch ein Monopol im Ostland über landwirtschaftliche Erzeugnisse und die ist auch in Berlin gegründet worden. Wie ist der Zusammenhang dieser Gesellschaft mit dem Ostministerium?

A.: Meines Wissens zunächst mal keiner, denn sie wurde gegründet vom Ernährungs-Ministerium im Zusammenwirken mit dem Vierjahresplan.

F.: Es war doch der Zweck, fuer Deutschland zu produzieren?

A.: Das ist schwer zu sagen. Erstens wird es wohl fuer die Truppe gewesen sein und hat sicher auch Erzeugnisse in das Reich eingefuehrt. Auch diese Gesellschaft, wie alle grossen Ostgesellschaften entzogen sich der Einwirkung der Treuhandverwaltung.

F.: Wie konnten die Gesellschaften in den besetzten Gebieten funktionieren ohne Mitwirkung des Ostministeriums?

A.: Die Gesellschaften hatten ein Auftragschreiben vom Beauftragten fuer den Vierjahresplan, das sie den oertlichen Organen (im allgemeinen der Dienststelle des Wirtschaftsstabes Ost) vorwies. Es war ja auch so, dass viele Betriebe verlassen, ohne irgendeinen Besitzschutz vorgefunden wurden.

F.: Wie viele dieser Ostgesellschaften oder ähnlichen wirtschaftlichen Organen mit Monopolrechte sind von Deutschland im Baltikum gegründet worden ?

A.: Zunächst die grossen Ostgesellschaften, das war die "Zentral Handelsgesellschaft Ost", "Ostland-Faser" als Tochtergesellschaft der "Ostfaser", dann die "Berg- und Huetten G.m.b.H. Ost", die aber meiner Erinnerung nach nur 2 oder 3 Betriebe im Ostland hatte. Dann die "Baltische Oel- und Oelvertriebs G.m.b.H." als Tochtergesellschaft der "Continental Oel AG.", spaeter auch die "Stein und Erden Ost G.m.b.H." und dazu kamen eine Reihe von dem Ostland selbst gegründete Gesellschaften.

F.: Nicht deutsche ?

A.: Doch, aber im Reichskommissariat selbst gegründete Gesellschaften, wie z.B. die "Landwirtschafts Gesellschaft", aber auch andere Gesellschaften. Urspruenglich bestand auch der Plan, eine Reihe von Betrieben in eine "Ostland G.m.b.H." zusammenzufassen. Die "Ostland G.m.b.H." wurde auf mein Betreiben hin aufgeloeset, weil sie Gefahr fuer Korruption bot.

F.: Die Gesellschaften wurden von der deutschen Regierung aus geleitet ?

A.: Man kann es so beantworten, dass sie privatwirtschaftliche und privatrechtlich aufgezogene Gesellschaften waren, die auf Veranlassung des Reiches gegründet wurden und den Weisungen des Reiches unterstanden.

F.: Mitte 1943, als die Reprivatisierung praktisch geworden ist, welche Massnahmen sind getroffen worden, um die Reprivatisierung durchzufuehren ?

A.: Der Reichskommissar fuer das Ostland hat Verordnungen erlassen, die vorher mit dem Ostministerium, dem Beauftragten des Vierjahresplanes und anderen Stellen abgestimmt waren.

F.: Wer konnte sein Eigentum zurueckbekommen ?

A.: Soweit ich mich erinnere, zunächst einmal bauerlicher

Grundbesitz, dann Hausbesitz und Gewerbebetriebe, soweit sie bestimmten Voraussetzungen entsprechen (nur einheimische Betriebe).

- F.: Wenn die Besitzer von Russen verschleppt waren, was ist dann mit den Betrieben geschehen ?
- A.: Meiner Erinnerung nach, setzte die Wiedererlangung des Eigentums einen Antrag voraus. Betriebe, bei denen sich die Antragsberechtigten nicht meldeten, verblieben in dem bisherigen Rechtszustand.
- F.: Wenn die vorherigen Besitzer Juden waren ?
- A.: Dann war es auch dasselbe.
- F.: Und wenn die vorherigen Besitzer Kommunisten waren ?
- A.: Es gab den Begriff des staatsfeindlichen Vermoegens, aber die Einzelheiten der Formulierung sind mir nicht mehr erinnerlich. Es hat auch meines Wissens im August 1941 ueber die Einziehung und Beschlagnahme von Vermoegen im Ostland eine Verordnung gegeben, wobei im Gegensatz zu dem russischen Staatsvermoegen, bei diesen Vermoegen vom Reichskommissar auch die Einziehung in der Verordnung ausgesprochen wurde.
- F.: Es gab doch auch baltischen Grundbesitz, der seit etwa dem ersten Weltkrieg erworben wurde. Soweit wir wissen, ist dieser Grundbesitz nicht zurueckgegeben worden. Aus welchem Grunde gab es diese Unterschiede ?
- A.: Soweit ich mich erimere, hat man auf die Zeit der russischen Enteignungsmassnahmen abgestellt und nicht auf fruehere Zeiten, in denen wie z.B. beim Grossgrundbesitz die Bodenreform in den drei baltischen Laendern durchgefuehrt worden ist. Ausserdem war als Grundsatz in den Reprivatisierungs-Verordnungen, meiner Erinnerung nach aufgenommen, dass es sich um einheimischen Besitz handeln muss. Als Einheimischer wird meines Wissens nur derjenige angesehen, der im Augenblick des Erlasses der Reprivatisierungs-Verordnung in den baltischen Laendern taetig war. Also auch Reichsdeutsche kamen meiner Erinnerung nach nicht zum Zuge bei der Reprivatisierung.

vatialisierungs-Verordnung. Ich erinnere mich, dass von Seiten der Baltendeutschen stark auf die Rueckgabe ihres Besitzes gedraengt wurde. Diesem Draengen wurde aber, auf den eben erwachten Gruenden nicht stattgegeben.

F.: Was ist mit diesem Grundbesitz oder Eigentum geschehen, das Baltendeutschen gehoerte, die 1939 umgesiedelt wurden ?

A.: Das sogenannte Baltendeutsche Vermoegen, d.h. das deutsche Vermoegen das nach Staatsvertraegen mit Russland in den baltischen Laendern zurueckgelassen wurde, wurde nicht von Dienststellen des Reichskommissariats oder Ostministerium, sondern von der deutschen Umsiedlungs-Treuhand A.G. (DUT) auch weiterhin bewirtschaftet.

F.: Die DUT ist doch entschaedigt worden von der zustaendigen Regierung von Lettland oder Estland fuer dieses Eigentum ?

A.: Das weiss ich nicht.

F.: Wie viel von dem Besitz ist zurueckgegeben worden ?

A.: Diese Frage kann ich nicht beantworten, weder wertmaessig noch prozentmaessig. Ich glaube mich zu erinnern, dass den grossten Anteil die bauerlichen Grundstuecke und der Hausbesitz hatte, waehrend der Anteil bei den gewerblichen Betrieben wohl geringer war, mir aber nicht erinnerlich ist. Das liegt zum Teil an den komplizierteren Besitzverhaeltnisse bei groesseren gewerblichen Besitzen usw.

F.: 1942 ist veroeffentlicht worden, dass die "Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland G.m.b.H." nur dem Reichskommissar fuer das Ostland verantwortlich war. Stimmt das ?

A.: Beide Reichskommissare hatten immer das Bestreben, ohne den Berlinerstellen zu arbeiten. Juristisch wird es stimmen, praktisch wird aber das Reichsernahrungs-Ministerium bzw. die entsprechende Hauptabteilung des Ostministeriums weiter einen Einfluss gehabt haben.

- F.: Es gab auch Faelle, wo Fabriken vom Ostland nach Deutschland verlagert worden sind. Z.B. von Riga eine Kunstseidenfabrik.
- A.: Davon ist mir nichts bekannt. In der Ukraine habe ich so etwas festgestellt, aber im Ostland ist mir so ein Fall nicht erinnerlich.
- F.: Stimmt es auch, dass verschiedene Betriebsbesitzer wieder angestellt worden sind, nicht als Besitzer sondern als Betriebsfuhrer ?
- A.: Das wird bestimmt vorgekommen sein.
- F.: Aus welchem Grunde hat man die Fabrik nicht zurueckgegeben, wenn der Besitzer anwesend war ?
- A.: Die ganze Frage der Rueckgabe der Betriebe war eine voelkerrechtlich, wie privatwirtschaftlich sehr komplizierte Angelegenheit. Ich selbst stand z.B. auf dem Standpunkt, dass es richtiger sei, den Zustand im Lande so zu lassen wie man ihn angetroffen hatte und derartige Massnahmen auf die Zeit nach dem Kriegsende zu verschieben. Es kam hinzu, dass seit der Verstaatlichung der Betriebe durch die Russen ja mehrere Jahre vergangen waren, die man nicht einfach wieder ausloeschen konnte. In der Zwischenzeit hatte sich das Betriebsvermoegen, die Einkuenfte des Betriebes, die Rechtsverhaeltnisse, die Inhaber usw. veraendert. Es war eine mehrfache Geldentwertung durch das Landgegangen und alle Veraenderungen waren technisch kaum noch durchfuhrbar, sodass eine wirkliche Reprivatisierung im eigentlichen Sinne nichtmoeglich war. Der Betrieb wurde deshalb nachher auch bewusst so wie er stand und lag an die fruheren Eigentuerer zurueckgegeben. Ausserdem musste jeder Wechsel in Inhaberschaft und Form, der Betrieb eine gewisse Unruhe in der Produktion mit sich bringen, die man zunaechst vermeiden wollte und dann fuerchtete man auch eine Reihe politischer Ansprueche, wie z.B. die der Baltendeutschen, des neutralen Auslandes usw. Ich erwaehe diese Dinge nur, um aufzuweisen, dass diese Dinge in der Durchfuhrung doch sehr kompliziert waren.

F.: Stimmt es, dass LOHSE das Recht hatte, Eigentum den Leuten zu geben, die nicht aus der einheimischen Bevölkerung stammten ?

A.: Dies ist mir nicht erinnerlich. Alle Eigentumsübertragungen die nicht die Zustimmung des Ostministeriums und des Vierjahresplanes trugen, waren durch die Verordnung ueber das Wirtschafts-Sondervermoegen vom Sommer 1942, ausdruecklich fuer nichtig erkluert worden. Mir ist von einer solchen Sondervollmacht von LOHSE nichts bekannt.

Institut für Zeitgeschichte Archiv



VERNEHMUNG

Herrn REINHOLD am 16. Juni 1947

durch Hr. SCHREIER 10,00 Uhr

Stenogr.: R. JEMMER.

F: Sie heißen Hermann REINHOLD?

A: Ja.

F: Wollen Sie bitte diese Niederschriftliche Befragung genau durchlesen, evtl. Berichtigungen vornehmen und jede Einzelne unterschreiben, (Niederschriftliche Befragung (7-fach) wird vorgelegt).

Wir sprechen das letztemal von einer anderen Verwaltung von LÖHSE. Auf der einen Seite hatte man die Ostgesellschaften und auf der anderen Seite die Gesellschaften, die im besetzten Gebiet selbst gegründet worden. Was war nun der Unterschied zwischen den Beiden. Wie arbeiteten sie, was war der Anlass zur Gründung, was waren sie verantwortlich?

A: In Allgemeinen war es so, dass die Ostgesellschaften stärker an die Dienststellen des Reichswirtschaftsministeriums gebunden waren, und zwar insbesondere, dass nicht nur die Gesellschaften, die vom Reichswirtschaftsministerium beauftragt waren, sondern die Dienststellen der Gesellschaften vertreten waren. Der Anlass zur Gründung war einigermassen verschieden. Ich erwähnte, glaube ich, schon einmal in einer früheren Vernehmung, dass LÖHSE unter anderem die Absicht gehabt hatte und auch zum Teil umgesetzt durchgeführt hatte, die wichtigsten und wertvollsten Betriebe des Ostlandes in eine besondere Ost-G.m.b.H. zusammenzubringen, um deren Ertrage nach eigenen Gutdünken zu verwerten, eine Absicht, die dann später durch mich durch persönlichen Eingreifen ver-



hindert wurde. Die Gesellschaften werden wieder aufgelöst.

F: Inwiefern hat LEBE es für möglich gehalten, durch Bekannte oder persönlich solche Gesellschaften zu gründen?

A: Ich kann nur sagen, dass ausschließlich beachtet war, u.B. die Ostland G.m.b.H. wie einem "schwarzen Fönix" zu benutzen. Dies ist ein Betrug, der nicht der Kontrolle der Reichsfinanzämter usw. unterliegt, den man mit Kassenmittel abweicht, ohne ihn wieder in Haushalt erscheinen zu lassen. Das war wohl etwa die Ansicht von LEBE, wobei die Frage, ob es ein wirtschaftliches Zweck für das Ostland sein sollte oder ob das eine persönliche Rolle spielte, dahingestellt sein kann.

F: Hatte LEBE irgend einen Erfolg damit?

A: Nein, ich habe die Unterstützung von allen Berliner Stellen gewünscht, insbesondere auch die von Vierjahresplan, was sich aber nicht schlagen hat. Ich habe mir dadurch die persönliche Feindschaft von LEBE zugezogen. Es kam hinzu, dass er in dieser Gesellschaft eine ausgesprochene korrupte Persönlichkeit, einen gewissen Dr. FRIEDL aus KIEL eingesetzt hatte, damit sich später bei Unreue und Betrug, meines Erachtens, ereigneten. Über persönliche Versicherung von LEBE ist mir nichts bekannt.

F: Wenn Betriebe innerhalb des Ostlandes verwaltet werden sind von der Regierung, die später eingestrichelt wurde, hatte die direkte Beziehung zu BERLIN gehabt?

A: Es ist so gewesen, dass eine ganze Reihe von Betrieben von Treuhändern verwaltet wurden, die von den Treuhänderverwaltungen der Reichsfinanzämter oder der Generalinspektion bestellt worden waren und diese Dienststellen waren nichts anderes als Abteilungen der General- und Reichsfinanzämter. Sie erhielten ihre Befehle zunächst nur von Dienststellenleiter und der Einfluss der Berliner Stellen in Einzelheiten war sehr gering.

F: Aber theoretisch sollten die Anweisungen von BERLIN in den verschiedenen Treuhändern gelten?

A: Nur in grundsätzlichen Angelegenheiten über Fragen der Rechtsbeziehungen, Haftung, aber nicht in Einzelheiten.

F: Wenn man einen Vergleich zwischen den Ostgesellschaften und den Treuhänderverwaltungen anstellt, was war das überwiegend?

A: Ich möchte nur der Erinnerung sagen, dass die Ostgesellschaften überwogen, insbesondere dann, wenn man die landwirtschaftlichen hinzunimmt.

MR. SCHEIDT: Das ist alles für heute.

---

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Institut f. Zeitgeschichte  
ARCHIV  
1948/56

LEBENSSTATTLICHE SKIZZE.

Ich, Hermann HELMBOLD, schreibe, sage aus und erkläre, wie folgt:

(ur.l.) Ich bin am 24. Oktober 1902 in GUSSENEN geboren, habe bis zum Jahre 1921 das Gymnasium in KERN besucht und das Abitur da auch gemacht.

Bis zum Jahre 1924 habe ich Rechtswissenschaft und Staatswissenschaft studiert und machte dann mein Referendar-Examen, 1925 mein Doktor-Examen.

1926 wurde ich Gerichts-Assessor und ging nach BERLIN.

R

Ich war zuerst in <sup>Reichs</sup> Reichsentscheidungsamt für Kriegsschaden als Referent tätig. Ab Dezember 1928 war ich in der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tätig.

R

In Jahre <sup>1932</sup> 1930 wurde ich persönlicher Referent des damaligen Präsidenten der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. SYRUP. Im Juni 1932 wurde ich Sachbearbeiter des Reichskommissars für den Freiwilligen Arbeitsdienst. Später wurde ich Abteilungsleiter beim Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst.

R

Ende März 1933 wurde ich <sup>von</sup> in den IS-Arbeitsdienst aus der Tätigkeit entlassen und kam zur Reichsanstalt zurück.

Im Juni 1935 wurde ich zum Oberregierungsrat befördert und kam nach OFFEN als Leiter des Arbeitsamtes.

Ab 1. März 1938 wurde ich zur Finanzierungsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums als Referatsleiter einberufen, ab 1. Januar 1942 in die neu eingerichtete Ostabteilung des Reichswirtschafts-

ministerium als Referatsleiter, und zwar als Referent fuer Finanzierungs-  
angelegenheiten.

1940 wurde ich zum Ministerialrat befördert.

Am 1. März/April 1942 wurde ich in der gleichen Eigenschaft beim Reichs-  
ministerium fuer die besetzten Ostgebiete eingesetzt mit Beibehaltung meiner  
Aufgaben im Reichswirtschaftsministerium.

Ab 1. April 1943 wurde ich gleichzeitig zum Wirtschaftsstab Ost eingesetzt  
als Leiter der eingerichteten Sondergruppe "Großhandverwaltung".

Meine Tätigkeit im Wirtschaftsstab Ost war am 15. Februar 1945 beendet.

Am 3. April 1945 wurde ich dem Führungsstab Sudet des Reichswirtschaftsmini-  
steriums zugeteilt, dessen Leiter Ministerialdirektor MEHRL war, mit dem  
Dienstort in WIESSEN.

Ende April 1945 erhielt ich den Auftrag die Leitung der Verbindungsstelle  
des Reichswirtschaftsministeriums in BERGHEIM zu übernehmen. Zu einer  
praktischen Durchführung kam es jedoch nicht mehr.

Par. 2.) Mir ist erinnerlich, dass 1941 Reichskommissar LIEBE eine Bekannt-  
machung erlassen hat, wonach das von der UdSSR nationalisierte Eigentum in  
ESTLAND, LETTLAND und LITAUEN beschlagnahmt wurde. Die Maßnahmen <sup>der UdSSR</sup> betrafen  
den gesamten Grund und Boden, die Bodenschätze, die Banken, die Wirtschafts-  
betriebe -soweit es sich nicht um Handwerksbetriebe handelte- und Hausbe-  
sitze mit einer Wohnfläche von mehr als 150 bis 200 qm in den drei oben  
erwähnten Ländern betroffen.

Par. 3.) Das nationalisierte Eigentum in ESTLAND, LETTLAND und LITAUEN ist  
auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars LIEBE -ab Juni 1942 sodann  
auf Grund der Verordnung des Reichministers fuer die besetzten Ostgebiete

R

über das Wirtschaftsansatzes- treuhänderisch verwaltet wurden. Zweck war die Versorgung der deutschen Truppen und die Sicherung des Existenzbedarfes der einheimischen Bevölkerung und des Reiches.

Par. 4.) Als die deutschen Truppen in die baltischen Länder einmarschierten, wurden vielfach bereits von den Dienststellen des Wirtschaftsstabes Ost in den Betrieben kommissarische Verwalter oder aber Ostgesellschaften eingesetzt. Die Ostgesellschaften erhielten die Ermächtigung zur Verwaltung der Betriebe gewöhnlich auf Grund eines Auftrages des Beauftragten für den Vierjahresplan.

Par. 5.) Die Ostgesellschaften waren privatrechtlich und privatrechtlichlich aufgebaute Gesellschaften, die auf Veranlassung des Reiches gegründet wurden und den Befehlen des Reiches unterstanden und das ausschließliche Recht zur Verwaltung der Betriebe ihrer Fachgebiete hatten. Die Gründung verschiedener Ostgesellschaften wurde bei den Fachministerien veranlaßt. Die Aufgabe der Ostgesellschaften war Betriebsführung und zum großen Teil Handel. Es waren nicht nur Treuhänder- sondern gleichzeitig auch Handelsgesellschaften.

Par. 6.) Die großen Ostgesellschaften, die sich in den baltischen Ländern befanden, waren die Zentral-Handelsgesellschaft Ost, Ostland-Steuer als Tochtergesellschaft der "Ostsee", dann die Berg- und Hütten G.m.b.H. Ost, die aber meiner Erinnerung nach nur zwei oder drei Betriebe in Ostland hatte, dann die Baltische Oel G.m.b.H. und die Oelvertriebs G.m.b.H. als Tochtergesellschaften der "Continental-Oel A.G.", später auch die Stein und Erden Ost G.m.b.H. und die Energiebau Ost G.m.b.H.; und dazu kamen eine Reihe von den Ostland selbst gegründete Gesellschaften.

Par. 7.) Die Reprivatisierung des von der UdSSR nationalisierten  
estnischen, lettischen und litauischen Eigentums ist bereits im Sommer  
1962 erörtert worden, aber ist erst Mitte 1963 praktisch geworden.

Par. 8.) Bei der Reprivatisierung wurde das Eigentum nur an Einkreditorien  
zurückgegeben, die ihre Berechtigung nachweisen konnten und einen be-  
sonderen Antrag stellen konnten. Wenn ein Besitzer von der UdSSR ver-  
schleppt worden ist, oder Jafe war, oder als Staatsfeind bezeichnet  
worden ist, ist das Eigentum nicht zurückgegeben worden, aber es wurde  
weiter in bisherigen Rahmen verwaltet.

Par. 9.) Grundsätzliche Fragen, wie z.B. die Rückgabe des von der UdSSR  
nationalisierten Eigentums der EDIÄNDER, IETLÄNDER und IETÄUER, die  
von politischer Bedeutung waren, wurden in grossen Kreisen behandelt,  
wo auch später Götliche IESNER teilnahm und der Politische Führungstab  
des Geheimdienstes.

R

Institut für Zeitgeschichte

Diese Aussagen habe ich freiwillig gemacht, ohne jegliches Versprechen auf Belohnung und ich war keinerlei Zwang oder Drohung ausgesetzt. Ich habe jede der fünf Seiten dieser Erklärung sorgfältig durchgelesen und eigenhändig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinem Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erkläre hiermit unter Eid, dass alle die von mir in dieser eidesstattlichen Erklärung angegebenen Tatsachen nach meinem besten Wissen und Gewissen der vollen Wahrheit entsprechen.

Nürnberg, den 16 Juni 1947

W. Reibolke

Before me, Josef G. SCHNEIDER U.S. Civilian, AGO Identification number AGO D 09032, Interrogator, Evidence Division Office of Chief of Counsel for War Crimes appeared Mr. Hermann REIBOLKE, to me known, who in my presence signed the foregoing statement (Erklärung) consisting of five pages in the German language and swore that the same was true on the

Nürnberg, 16 June 47

Joseph G. Schneider

Institut für Zeitgeschichte Archiv